



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1910

38 (24.1.1910) Abendblattt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-139782](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-139782)

General-Anzeiger



Abonnement: (Badische Volkszeitung.) der Stadt Mannheim und Umgebung. (Mannheimer Volksblatt.) Telegramm-Adresse: „General-Anzeiger Mannheim“.

70 Pfennig monatlich. Eringerlohn 20 Pfg. monatlich, durch die Post bez. incl. Postzuschlag 24. 4/2 pro Quartal. Einzel-Nummer 6 Pfg.

Inserate: Die Colonie-Zeile . . . 25 Pfg. Auswärtige Inserate . . . 30 „ Die Reklame-Zeile . . . 1 Mark

Badische Neueste Nachrichten Unabhängige Tageszeitung. Täglich 2 Ausgaben (ausgenommen Sonntag) Eigene Redaktionsbureaus in Berlin und Karlsruhe.

Gelesenste und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung. Schluß der Inseraten-Aannahme für das Mittagsblatt Morgens 1/2 9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Direktion u. Buchhaltung 1449 Druckerel-Bureau (Annahmen, Druckarbeiten) 341 Redaktion 377 Expedition und Verlagsbuchhandlung . . . 218

Nr. 38. Montag, 24. Januar 1910. (Abendblatt.)

Zur mecklenburgischen Verfassungsreform.

Herr v. Mirbach schreibt im „Tag“ vom 18. Januar zu diesem Thema folgendes:

„So hat denn auch der Anstoß zu der jetzt in die Wege geleiteten Verfassungsreform keineswegs innere Unzufriedenheit gegeben. Als im Frühjahr 1908 die Regierung von Schwerin und Strelitz den Entwurf eines mit der bisherigen ständischen Verfassung brechen und eine Repräsentativverfassung anstrebenden Landesgrundgesetzes den Ständen vorlegte, war dieser Schritt in erster Linie von dem Wunsch veranlaßt, eine zeitgemäßere Koordination zwischen dem Vermögen des großherzoglichen Hauses und der Landeskasse herbeizuführen. Während bis dahin das landesherrliche Vermögen den Bedürfnissen des Hofhalts zu dienen, daneben aber zu den Kosten des Landesregiments beizutragen hatte, soll jetzt ein besonderes Vermögen für das großherzogliche Haus abgegrenzt werden, indem zugleich das Domanium, d. h. die Bauernhöfe mit ihren Erbpächtern, das so lange zur Verteilung des Hofhalts beigetragen hatte, in den Besitz und die Verwaltung des Staates übergeht.“

Dieser Teil der Vorlage ist im Landtag keinerlei Opposition begegnet; eine solche wurde vielmehr lediglich durch die Grundzüge hervorgerufen, die die Regierung für eine Neugestaltung des Landtages ausgesprochen hat. Nach der Vorlage des Jahres 1908 sollte er teils aus den Vertretern der alten Stände und einiger neu hinzuzurechnenden Berufsstände, wie der Gesellschaft der Landwirtschafts-, Handels- und Gewerbetreibenden, teils aus allgemeinen Wahlen gebildet werden, wogegen der neue, im November 1909 vorgelegte Entwurf die Abgeordneten der Geistlichkeit und der genannten Kammern in Aussicht bringt. Die Zahl der aus den allgemeinen Wahlen hervorgehenden Volksvertreter entsprechend erhöht, im übrigen aber an dem Dreiklassenwahlrecht und der Öffentlichkeit der Wahl festhält. Der Streit zwischen Regierung und Ritterschaft dreht sich nun um die Zahl und Wahlfähigkeit dieser neuen, den Zuständigkeiten allgemeiner Wahlen unterworfenen Landtagsmitglieder. Vor allem liegt hier bisher noch keine Einigung über das so wichtige Gebiet des Domaniums erzielt, für das die Ritterschaft eine ständische und keine Wahlvertretung eingeführt zu sehen wünscht. Ihre Opposition gegen die Vorlage des Landtags ist durchaus nicht eine grundsätzliche, sie verlangt nur Kantonalität, daß weitere Verfassungsänderungen im demokratischen Sinne ausgeschlossen bleiben, eine Forderung, in der sie von den Vertretern der großen Städte Hofstad und Wisnar unterstützt wird.“

Zwei Wünsche sind es also, die die Regierungen von Schwerin und Strelitz veranlaßten, eine Verfassungsreform in die Wege zu leiten: 1. Das Domanium, die Bauernhöfe mit ihren Erbpächtern in den Besitz und die Verwaltung des Staates übergehen zu lassen, um gleichzeitig eine ordnungsgemäße Trennung zwischen landesherrlichem und ständischem Vermögen einzuführen. 2. Die Aenderung des Wahlrechts zum Landtage in der Weise, daß im Landtage nicht allein Ritterschaft und Landchaft vertreten sind, sondern dazwischen auch aus allgemeinen Wahlen hervorgehende Volksvertreter Sitz und Stimme haben.

Nicht um den ersten Punkt, sondern um den zweiten, die Wahlfähigkeit und Zahl der Volksvertreter aus allgemeinen Wahlen, dreht sich der Streit zwischen Regierung und Ritterschaft; und zwar heißt Herr v. Mirbach hervor, daß die Ritterschaft vor allem für das Domanium, also für die Bauernhöfe mit ihren Erbpächtern

eine ständische, d. h. ritterschaftliche Vertretung, auf die die bürgerlichen Erbpächter keinen Wahlmäßigen Einfluß haben, eingeführt haben will, während die Regierung für diese Gebiete eine Volksvertretung im eigentlichen Sinne des Wortes wünscht, eine Volksvertretung, die aus den allgemeinen Wahlen der bürgerlichen Erbpächter hervorgeht. Die Ritterschaft will ihr politisches Herrschaftsgebiet erweitern, die Regierung will die Bauernhöfe politisch selbständig machen und die Bauern selbst ihren Vertreter in den Landtag hineinwählen lassen.

Eine solche Reform der mecklenburgischen Verfassung, die darauf hinzielt, auch den Bauern die Möglichkeit zu geben, ihren, wenn auch nur sehr bescheidenen (Dreiklassenwahlrecht und öffentliche Wahl) Einfluß auf die Landesgesetzgebung durch die Wahl von eigenen Landtagsabgeordneten geltend zu machen — eine solche Reform nennt Herr v. Mirbach demokratisch, soll heißen: eine Reform, die der politisch ungebildeten Volksmajorität zur Alleinherrschaft verhilft. Davon kann aber gar nicht die Rede sein. Warum sollten die bürgerlichen Erbpächter nicht auch einen Herrn vom Adel in den Landtag wählen, wenn er ihr Vertrauen erworben hat? — Sie werden ihn, wenn er im rechten Verhältnis zu ihnen steht, immer vorziehen. Wenn also die von der Regierung geforderte Wahlrechtsreform demokratisch sein soll, so ist unter demokratisch nur v o l k s f r e u n d l i c h, in diesem Falle b a u e r n f r e u n d l i c h zu verstehen. Und deshalb, weil das Wahlrecht in diesem Sinne demokratisch umgestaltet werden soll, deshalb verwirft Herr v. Mirbach die Regierungsvorlage? — Nun, dann ist eben Herr v. Mirbach ebenso wie die mecklenburgische Ritterschaft rein aristokratisch, d. h. für die Alleinherrschaft durch die Volksstimme unbeeinträchtigt, dann in Bezug auf die politische Macht tritt in Mecklenburg die Landchaft, d. h. die Vertretung der Städte gegenüber der Ritterschaft naturgemäß ganz zurück. Freilich v. Mirbach kann sich auch für eine Aristokratie im fast rein ständischen Mecklenburg, d. h. für eine aus Adels- und Volksvertretung gemischte Regierungsform, wie sie die mecklenburgische Verfassungsvorlage verlangt, nicht erwärmen.

„Aber, wie kalt und engberzig, wie besorgt um ihre auch von bürgerlicher Seite absolut unbefangene Alleinherrschaft sind doch diese feudalen ritterlichen Herren! — Sie wollen sich in ihre Landtagsverhandlungen von Volksvertretern, die von den bürgerlichen Erbpächtern gewählt worden sind und das volle Vertrauen dieser bürgerlichen Wähler genießen, nicht dreinreden lassen!“

Politische Uebersicht.

Mannheim, 24. Januar 1910

Zu der Frage: Ist das Zentrum eine konfessionelle Partei?

nimmt der Kölner Erzbischof Kardinal Fischer in seinem Pastoralbrief Stellung. Bekanntlich hat die Osterdienstkongregation der Kooren-Witter-Gruppe versucht, das katholische Leben noch katholischer zu machen. Die „Köln.

Volksztg.“ will umgekehrt die Katholiken aus ihrem konfessionellen Turm herausführen mitten hinein in die protestantischen Reihen, soweit sie auf dem Boden der gemeinsamen christlichen Weltanschauung stehen. Die führenden Geister der Zentrumspartei aber haben in ihrer bekannten Berliner Definition aus der Zentrumspartei jegliches christliches oder gar katholisches Gepräge ausgeschaltet. Erzbischof Fischer stellt sich nun in diesem Zweifelpunkt der Meinungen auf die Seite von Kooren und Witter. Er schreibt in seinem Pastoralbrief:

Eine in gewissen Kreisen der Gegenwart beliebte Forderung ist die sogenannte Interkonfessionalität. Man verlangt, daß die einzelnen Konfessionen sich nicht von einander abschließen sollen; man trägt es insbesondere, wenn die Katholiken sich in katholischen Vereinigungen zusammenschließen, und spricht von Sonderbestrebungen, von sich abschließen gegen das nationale Leben und die nationale Kultur, von einem Fremdkörper im eigenen Fleisch, und wie all die schalen Lebensarten heißen. Die Forderung hängt zusammen mit dem leider immer mehr in unserem Vaterlande sich einbürgernden Anglauben, mit der Abneigung gegen Christentum und Kirche, die in weiten Kreisen Platz gegriffen hat. Darum geht sie vorzugsweise von solchen Leuten aus, die selber keine Religion mehr haben, geschweige eine Kenntnis derselben, und nur eine Ahnung besitzen von der Bedeutung, der Macht und Wirkungskraft des katholischen Glaubens.

Noch deutlicher nimmt Erzbischof Fischer gegen die Richtung der „Köln. Volksztg.“ Stellung mit den Worten:

Tritt die Konfession überall im öffentlichen Leben zurück und wird in den Hintergrund gedrängt, so ist dem religiösen Individualismus Tür und Tor geöffnet und die christliche Grundlage unseres öffentlichen Lebens in Frage gestellt. Leider scheinen auch einzelne der Untrüben sich darüber nicht ganz so klar zu sein und erziehen, unter dem Einfluß des Zeitgeistes, eine Interkonfessionalität oder vielmehr Konfessionslosigkeit auch dort, wo sie bisher aus guten Gründen als ausgeschlossen galt. Wenn man doch hier und da so weit, daß man möglichst schon den Namen „katholisch“ vermeiden wissen möchte und statt des Mann und Herzoglichen Bekenntnisses zu unserm heiligen katholischen Glauben lieber von der sogenannten „christlichen Weltanschauung“ spricht; als hätten wir uns unseres heiligen Glaubens zu schämen!

Zur Lohnbewegung im deutschen Malergewerbe.

Nachdem die Abstimmungen der Parteien über den vom 5. bis 16. November 1909 vor dem Gewerbegericht in Berlin beratenen Reichstarif die Annahme desselben ergeben, fanden sich die Parteien zu einer weiteren Festsetzung über Arbeitszeit, Lohnhöhe und Lohnausgleich am 4. Januar in Berlin ein. Die Verhandlungen wurden wiederum geleitet von den Herren Unpartheilichen Magistratsrat von Schulz-Berlin, Gerichtsdirektor Dr. Brenner-Wänden und Beigeordneten Rath-Olsen. Dasselben fällt nach fünftägiger Verhandlung folgende Schiedssprüche:

1. Schiedsspruch bezüglich Arbeitszeit. In Lohngebieten, wo die Arbeitszeit mehr als 10 Stunden beträgt, wird sie mit Beginn des Vertrags auf 10 Stunden herabgesetzt; eine weitere Herabsetzung der Arbeitszeit tritt nicht ein.
2. Schiedsspruch zur Lohnfrage. 1. Für alle Lohngebiete, welche seit dem 31. Dezember 1906 keine allgemeine Lohnaufbesserung durchgeföhrt haben, tritt mit Beginn des Vertrags eine allgemeine Lohnerhöhung von 3 Pfennigen pro Stunde ein.

Für alle übrigen Lohngebiete ist mit Beginn des Vertrags eine allgemeine Lohnerhöhung von 2 Pfennigen und ab 1. Jan. 1911 von einem weiteren Pfennig pro Stunde zu gewähren.

Seuilleton.

Aus der Zeit der ersten Räuber-Aufführung in Mannheim.

„Ueber die Heilart der Schauspielerkrankheiten“ veröffentlichte die „bayerischen Beiträge zur Gelehrsamkeit“ des Jahres 1782 den Brief eines Arztes an seinen Freund, den wir seiner Originalität halber als Beispiel der damals herrschenden Ansichten (gefälscht) wiedergeben:

Soeben, mein Vetter, komme ich voll Wehmut von der Bühne, wo die innersten Falten des leidenschaftlichen Menschenberens zur Hebung der Sitten, zum Verlangen und Erbauung meiner Mitbürger wöchentlich dreimal zerrieben werden. Man stelle das schauerliche Meisterstück, die Räuber, vor, ein Stück, mein Freund, wobei das Menschenblut erfrieren und die Nerven, sowohl beim Schauspieler als Zuschauer, erstarren müssen, wenn ihre Nerven nicht von Pantoffelholz gewesen sind.

Nicht als bloßer Zuschauer stand ich da, als Arzt mochte ich medizinische Betrachtungen über das Schicksal der Schauspieler, über die vorbereitenden Ursachen ihrer unermüdlichen Krankheiten, über die Gefahren, welchen der gefühlvolle Schauspieler unumwunden ausgesetzt kann, über das auf die Nerven fest wirkende Gewühl abwechselnder Leidenschaften, und in diesem Augenblicke, wo sich alle diese Bilder in meine Einbildung hinstürzen, fühlte ich Hochachtung und Mitleid für diese Gattung. Nervenmächtiger, welche zu unserer Unterhaltung, zu unserem Belustigen sehr wohlfeile Schloßpfeffer ihrer Kunst und unersetzliches Vergnügen werden.

Die Kraft des Spiels jener Schauspieler, welche durch den natürlichen Ausdruck der Leidenschaften wie ein elektrischer Fun-

ken in das Gefühl der Zuschauer blüht und ihr ganzes Nervensystem durch ihre Leidenschaft erschüttert, magt an den Nerven, an der Gesundheit des Schauspielers. Betrachtet man nebst diesen die ewige Anstrengung des Gedächtnisses, die Gefahren des Schwindens, die Verkältungen im Winter und die Erhitzung im Sommer, überdenkt man die gewohnheitsmäßige Leichtgläubigkeit, mit welcher der Schauspieler, durch das Spiel vorbereitet, außerhalb der Bühne von allen Gattungen Leidenschaft überfallen werden kann, so entsetzt sich von selbst die Quellen ihrer unbändigen Krankheiten.

Die Schauspieler sind meistens gute, empfindsame Geschöpfe; sie sind Bezirke der Sitten, Mitstreiter an der Bildung des Menschenherzens, sie sind Geister der Pastoralisten, solcham nützliche Bürger des Staates, unendlich nützlicher als mancher Sittenprediger, bei dem die eine Hälfte der Zuhörer gähnt, die andere schnarcht. Ihre Nerven sind empfindlicher als die des ärztlichen Frauenzimmers; in Wahrheit wäre es eine betrübende Belastung für die Liebhaber der Bühne, wenn die Schauspieler Kutschers- oder Holzhadernerven hätten! Wie erbaulich würde in diesem Fall der erste Liebhaber, der empfindsame Vater, die gärtliche Geliebte ihre Rolle aufspielen, so hinreißend antizipieren, daß man vor Vergnügen die Mundspitze bekäme.

Die Nerven sind die Werkzeuge, wodurch die Natur in Zeiten der Krankheit Form löst, aber auch schädliche Teile durch heilsame Ausleerungen aus der Blutmasse entfernt und dadurch die sanftesten Schwingungen des Herzens und der Pulsadern herstellt. So notwendig die Empfindlichkeit der Nerven zu diesem Geiste ist, so schädlich ist die Ueberpannung derselben, wodurch leicht krampfartige Zusammenziehungen und dadurch Unterdrückung heilsamer Ausleerungen entstehen können. Der überspannte Empfindlichkeit der Nerven ist auch die Ursache, warum die meisten Schauspieler Schwermüdigke sind. Ihr Unterleib ist sehr empfindlich, die Rückfälle in Reizfiebern sehr zahlreich,

weil die leichteste Ueberreizung der Speiseföhre oder eine anstrengende Rolle die Verdauungskräfte schwächt. Die Vollständigkeit ist bei ihnen eine seltene Erscheinung. Der Grof Karl und Franz Moor in den Räubern verdampfen wenigstens auf acht Tage den Nervensaft und aufkräften Leib und Seele. Ist es ein Wunder, wenn die Schauspieler den Tag nach solcher überpannender Seelenarbeit klug wie die Wespenfliegen daherschweben, da auf die Entkräftung des Geistes ein unruhiger, die Träumen durchwacher Schlaf folgt. Ihre Rolle hat wie ein trockener Schwamm alle ihre Geisteskräfte, allen Vorrat von Nervensaft eingesaugt; die erschöpfte Natur leidet nach Labung; man führt bringendes Bedürfnis, frisches Del in die erloschene Lampe zu gießen, man will diesem Gefühl her äuserlichen Entkräftigung zu Hilfe kommen, man legt sich an den Tisch und wird, besonders in Gesellschaft lockerer Herzensbrüder und Schicksalsgefallen, unmerklich ein Schlemmer, bildet sich dabei irrig ein, der Magen werde diese Krautschüssel, wie ihr Kopf die gespielten Rollen, verbauen können.

Ebenso schädlich ist es, wenn er durch hitzige Getränke dem Gefühl seiner Entkräftigung übermäßig zu Hilfe kommen will. Noch bedenklicher ist es, wenn der halbgesunde Schauspieler ein Wobübling und den Liberalen, den er mit Anstand auf der Bühne vorstellte, in einen Ausschweifling außerhalb der Bühne ausarten läßt. Eingesenkte Augen, blasse Farbe, schlaffe Muskeln, schwacher Magen, Erhöchungen der Seelen- und Lebenskräfte sind ohne dies das traurige Kennzeichen der Schauspieler; kommen noch Fäulnisse mit herjigen Pantoffelpfäppchen hinzu, so moa der Wohlwilling am Boden und den Knochener mit seinen stärkenden Büchsen fressen, der Arzt wird doch mit all seiner Heilkraft, mit all seiner Nähe dem Totengraber seine Heilfertigkeit verzoßen.

Nabe ist der Seele bei ihren Beschäftigungen ebenso nötig wie dem Körper bei den feinguten. Die Anbetung des Schauspieler

3. Schiedspruch betreffend Lohnausgleich gemäß Schiedspruch zu § 3 des Entwurfs eines Reichs-Tarifvertrages für das Malergewerbe vom 15. November 1909.

Die durch § 3 des Entwurfs eines Reichs-Tarifvertrages eintretenden Ausfälle an Lohnzuschlägen und Jahrsvergütungen werden dadurch ausgeglichen, daß

- 1. für Berlin eine sofortige Lohnerrhöhung von 2 Pfennigen,
2. für alle anderen Lohngebiete, in denen solche Ausfälle festgestellt werden, eine sofortige Lohnerrhöhung von 1 Pfennig eintritt.

Den Schiedsprüchen wurde eine eingehende Begründung beigegeben. Die Parteien hatten sich verpflichtet, bis zum 15. Januar die Erklärung abzugeben, ob sie sich den Schiedsprüchen unterwerfen. Die Abtinnung erfolgte über sämtliche angeschlossene Ortsverbände Deutschlands. Auf Arbeitgeber-Seite erklärten sich für Annahme 35 Millionen Mark, gegen die Annahme 11 Millionen Mark organisierter Löhne, während ca. 10 Millionen Mark organisierter Löhne sich der Abtinnung entzogen. Die in Betracht kommenden Arbeiterverbände (Freie, Christliche und Reichs-Daundersche Organisation) erklärten sich gleichfalls für Annahme der Schiedsprüche. Die Arbeiter verschiedener Großstädte wie Berlin, Hamburg, Kiel, Bremen, Köln, Danzig, Breslau, Elberfeld-Barmen, erklärten sich gegen die Schiedsprüche. Der Widerstand wurde indessen bei der Abtinnung durch die Stimmenzahl in den übrigen 210 Städten ausgeglichen.

Der nunmehr abgeschlossene Reichstatarifvertrag läuft drei Jahre bis 15. Februar 1913. Bemerkenswert ist noch, daß alle im Laufe der Vertragszeit sich noch bildenden Ortsverbände verpflichtet sind, gleichfalls den Reichstatarifvertrag und die Schiedsprüche anzuerkennen. Mit Janungen, welche nicht dem Hauptverband Deutscher Arbeiterverbände im Malergewerbe angeschlossene sind, darf keine der vertragsschließenden Geheilsorganisationen in ein Verhältniß treten.

Mit dem Abschluß des Reichstatarifs ist die siebenmonatliche Lohnbewegung im Malergewerbe beendet und hiermit der Beweis erbracht, daß es bei gegenseitigem Verständnis der Parteien wohl möglich ist, Tarifverträge für ganze Landesgebiete, ja für das ganze Deutsche Reich von einer Stelle aus abzuschließen.

Außer dem Buchdruckergerwebe, dessen Tarifvertrag für andere Gewerbe vorbildlich ist, hatte bisher kein Gewerbe Tarife, welche sich über das ganze Verbandsgebiet erstrecken, in der Holzindustrie und im Baugewerbe sind gleichfalls Verbandsabkommen eingeleitet, die zum Abschluß eines Tarifs für sämtliche angeschlossenen Unterverbände drängen.

Deutsches Reich.

Der Deutsche Lehrerverein erklärt nunmehr die angeklagte Erklärung gegen Bischof Frihen von Straßburg. Dieser hatte in seinem Schreiben an den Statthalter zur Begründung seiner feindseligen Haltung u. a. ausgeführt, der Lehrerverein verfolge eine gegen die öffentliche Religion gerichtete Tendenz, sogar die Grundlagen des Gottesglaubens, treibe auf die religionslose Schule hin und greife die katholische Kirche, die katholische Hierarchie und das katholische Dogma an. In Dortmund habe Professor Ratorp kühnen Reden gehalten, als er die Lehrer genötigt, sich von der falschen Mutter der Schule abzuwenden und eine deutsche Los-von-Rombewegung einzuleiten. Demgegenüber wird festgestellt: In den Organen des Deutschen Lehrervereins sind zwar kulturpolitische Forderungen der Zentrumspartei wiederholt nachdrücklich bekämpft worden. Angriffe gegen die katholische Kirche als Religionsgemeinschaft, gegen katholische Dogmen oder gar gegen die Grundlagen des Gottesglaubens wird ihnen jedoch niemand nachweisen können. Was im Besonderen die religionslose Schule anbelangt, so hat sich das Hauptorgan des Deutschen Lehrervereins, die Pädagogische Zeitung, mit aller Entschiedenheit gegen diese Schule ausgesprochen. Der Beifall, der dem Professor Ratorp in Dortmund gesendet worden sei, dürfe keineswegs als Zustimmung zu allen seinen Ausführungen aufgefaßt werden. Die Behauptung, daß in der an ihn gerichteten Dankrede die Aufforderung an die Lehrer erneuert worden sei, sich von der falschen Mutter der Schule, d. h. von der katholischen Kirche, abzuwenden, entbehre jeder tatsächlichen Unterlage. Unter den wenigen Sätzen, in denen der Versammlungsleiter Herr Professor Ratorp für seinen Vortrag dankte, sei keiner, der auch nur im entferntesten als eine solche Aufforderung gedeutet werden könnte. Es sei befreundlich, wie der Bischof solche objektiv falschen Behauptungen

fers hind Reichsregierung und Anstrengung des Gedächtnisses. Das Spiel des Schauspielers soll ein treffender, belehrender Abbild der vorzustellenden Leidenschaft sein; deshalb müssen die Nerven in die nötige Schwingung versetzt werden, sonst tritt der Zuschauer bei der Wärme des Liebhabers, gähnt bei der Großart der Helden und lacht bei dem Schmerz des Unglücklichen.

Die Kraft des Schauspielers wird durch das erzwungene Atemholen und Einhalten, durch die abwechselnden Töne und den vollen Ausdruck der Sprache, geistlich, Sänger und Sängerinnen haben mehr für diesen Teil zu sorgen.

Jeder Schauspieler führt nach einer heftigen Rolle eine gewisse Gattung Weibes- u. Seelenentkräftigung; eine bestimmte Lebensart und geringe Speisordnung vermögen aber die zu keinem harten Verste und zu seinen Seelengeschäften nötige Gesundheit zu erhalten. Eine gute Fleischsuppe nach einer heftigen Rolle, arbeitsreiches Weibetrock nicht dem Weibchen von einigen frischen Eiern, ein Stück gebratenes, zartes Fleisch, ein gutes Glas Wein, sei das ganze Nachessen. Gefochtes Obst ist selten dienlich; alle Gattungen Salat sind schwachen Magen ungesund, statt dessen dient reifes Obst, mäßig gegessen.

Das beste Frühstück im Winter eine gute Suppe von Zwieback und Fleischbrühe oder Chokolade ohne Gewürz, im Sommer Schmalbrot oder Porrmontwasser mit frisch gemoltenem ungekauter Rahmöl und etwas abgeriebenen Zitronensaft.

Das Mittagessen kann aus einer guten mit Reis, Sojabohnen, Perlenerbsen, Pastinaken und Zwieback bereiteter Fleischbrühe, aus einer leichteren Weinsuppe und aus Gemüsen bestehen. Spargeln sind empfindlichen Nerven ganz besonders nachteilig. Alle Generationsen von Würsten und die übrigen Nachessen von Schweinefleisch sollen von der Tafel der Schauspieler ausgeschlossen sein. Kalbsbraten, Kalbsbier, Kalbsbraten und Gekochte können verabschiedet werden, hingegen ist gebratenes Kalb, Hammel- und Rindfleisch, Wildpret und Geflügel, monom die Gänse und Enten jedoch ausgeschlossen werden, ohne scharfe Saucen erlaubt. Nicht mehr als drei gesunde Schaffeln sollten auf der Tafel erscheinen; das übrige ist Überfluß, schadet dem Magen und dem Selbstgefühl.

über den Deutschen Lehrerverein und die Deutsche Lehrerverammlung aussprechen könne.

Badische Politik.

* Karlsruhe, 23. Jan. Das Gesetz- und Verordnungsblatt veröffentlicht eine Verordnung des Ministeriums des Groß- Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten betr. die Ausbildung von staatsgeprüften Ingenieuren und Juristen im höheren Eisenbahnverwaltungsdienst.

Aus der 1. Kammer.

* Karlsruhe, 23. Jan. Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung der ersten Kammer, am 25. Januar vor-mittags 10 Uhr, steht auch der Gesetzentwurf betr. die Abänderung des Biersteuergesetzes. Berichterstatter ist Wirk. Geh. Rat Scherer.

Verordnung über die öffentlichen Lotterien und Auspielungen.

oe. Karlsruhe, 23. Jan. Das Ministerium des Innern hat eine Verordnung betr. die öffentlichen Lotterien und Auspielungen erlassen. Es handelt sich um den Vollzug von bestehenden Reichs- und Landesgesetzen. U. a. wird folgendes bestimmt: § 1. Öffentliche Auspielungen von unbeweglichen Sachen durch Lotterie oder in anderer Weise sind verboten. Öffentliche Geldlotterien und öffentliche Auspielungen von andern beweglichen Sachen dürfen nur nach vorgängiger polizeilicher Erlaubnis stattfinden. § 2. Die Erlaubnis soll nur für gemeinnützige Zwecke oder Zwecke der Wohltätigkeit oder zur Erleichterung des Ablasses einzelner Kunstgenüsse von besonderem Wert und auch jeweils nur für einzelne Fälle erteilt werden. § 3. Zur Erteilung der Erlaubnis sind zuständig: 1. bei öffentlichen Geldlotterien das Ministerium des Innern; 2. bei öffentlichen Auspielungen von andern beweglichen Sachen a) die Bezirksämter, wenn der Nennwert der auszugehenden Lose die Summe von 1000 M. nicht übersteigt, b) die Landeskommissionen bei Beträgen bis zu 2000 M., c) das Ministerium des Innern bei höheren Beträgen. § 7. Der Verkauf und das Ausbieten von Lose auswärtiger Lotterien und Auspielungen zum Verkauf kann im Großherzogtum nur mit Genehmigung des Ministeriums des Innern zugelassen werden. Die erteilte Genehmigung ist im Staatsanzeiger öffentlich bekannt zu machen. An auswärtige Lotterienanlehen findet diese Bestimmung keine Anwendung. § 8. Die Aufstellung für Glücksspielen (Glücksspielen) an öffentlichen Orten ist nur für gemeinnützige oder wohltätige Zwecke zulässig. § 9. Öffentliche Auspielungen von beweglichen Sachen durch andere Glücksspiele sind verboten. Auspielungen solcher Sachen durch Scheibenschießen oder durch Kugel- oder andere Wehungsübungen, bei denen es auf körperliche Gewandtheit oder Geschicklichkeit ankommt, sind unter diesem Verbot nicht begriffen. Sollen solche Auspielungen mehrere Tage hindurch fortgesetzt werden oder übersteigt der Gesamtwert der Preise die Summe von 200 M., so ist der Unternehmer verpflichtet, sein Vorhaben unter Vorlage eines Spielplanes spätestens 8 Tage vor Beginn der Auspielung dem Bezirksamt anzuzeigen, welches in Fällen dieser Art die Abhaltung des Spieles untersagen kann.

14. Hauptversammlung des Bundes der Industriellen.

ab. Berlin 23. Januar.

Unter Übersaus zahlreicher Beteiligung von Vertretern aller größeren deutschen industriellen Verbände und von Groß-Industriellen aller Kategorien und aus allen Teilen des Reiches trat heute hier der Bund der Industriellen im „Russischen Hof“ zu seiner 14. ordentlichen Generalversammlung zusammen. Dem Vorsitz führte der langjährige Präsident des Bundes Geheimrat Sommererrot Hermann Wirth (Berlin). Von bekannteren Teilnehmerern bemerkt man: den national-liberalen Reichstagsabgeordneten Dr. Stresemann, die Landtagsabgeordneten Langhammer (Chemnitz), Generalsekretär Dr. Wendland (Berlin), Geheimrat Kommerzienrat Dr. Strupp (Weinheim), Reichstagsabgeordneter (Weiden) Klaus (Wien), ferner den Stadtrat Plüsch (Frankfurt a. M.), Senator Dr. Jöel (Weinheim), Kommerzienrat Wend (Altona), Kommerzienrat Hummel (von der Firma Burzoff u. Co. Hochheim a. M.), außerdem Vertreter des deutschen Tabakvereins, des Vereins deutscher Schriftgelehrten, des Verbandes thüringischer Industriellen, der Reichs-Industriellen Deutschlands,

Warme Getränke sind dem Schwachen Magen schädlich; reines Branneinwasser, mit oder ohne Wein ist dienlich. Im Sommer sollte der Schauspieler seinen Trank in Eiswasser stellen; nichts führt den Magen und die Nerven besser als Eis.

Rehiger Schlaf ist Balsam für die Nerven der Theaterwärtner; niemals soll der Schauspieler auf dem Rücken liegend schlafen, weil alles, was entlastet, schädlich ist. Weite und lockere Bewegung in freier, mit der Ausatmung fließender Weitefelder angefüllter Luft oder auch bei heiteren Wintertagen ist Lebensbalsam. Statt des Geld mit Kartenpiel zu verpfänden, dabei das Gehalt erziehen und des Gallenbläschens überladen, wäre kostbar viel besser an das Reiten und Fahren angewandt.

Die Beschäftigung des Gedächtnisses bei vollem Magen ist gefährlich.

Der Schauspieler halte im Winter die Füße warm, kalte Abwaschungen im Sommer fürchten ungenau die Nerven.

Die Vermählungen ohne priesterliche Einsegnung und alle übrigen Torheiten der Wohlthätigen sind schleichendes Gift für den Schauspieler. Die Vorschriften der christlichen Religion sind schon bedingten verwerfungswürdig, weil sie die herrlichsten Gesundheitserreger sind. Der Schauspieler benutze die Ruhestunden, entfernt von allen Auschwüngen, zum Lesen guter Bücher; er wähle sich solche Gesellschaft, die keine Wohlthätigen, aber aufgeweckte Geister, philosophische Köpfe und Menschenkenner sind.

Mit dieser Lebensordnung könnte der Schauspieler bei seinem schweren Berufsrisiko seine Gesundheit in ziemlich gutem Stand erhalten. Wollte man den Krankheiten der Schauspieler noch besser vorbeugen, so müßte die Schaubühne jährlich mindestens einmal, drei bis vier Wochen lang, geschlossen bleiben, damit der Schauspieler gesunde Landluft genießen, mäßig essen und trinken und durch Spazier- oder Kurmännchenwasser, auch durch den Gebrauch kalter Bäder, seine Nerven stärken kann. Vorbrunnensbesuche und Reisermittel muß er vermeiden; sie lähmen die Nerven. Die Rechenstunden sollten zum Reiten, Fahren und anderen körperlichen Betätigungen benutzt werden.

Durch diese Vorbeugungsmittel würde die Schaubühne mit hübschen Liebhabern und bewundernden Musikantisten, mit

der ostdeutschen Holzindustrie, der sächsischen Industriellen, des Verbandes sächsischer Industriellen, des Vereins deutscher Handelsmänner, des Verbandes deutschen Holzstoffindustriellen, des württembergischen industriellen Verbandes, des Verbandes deutscher Tomatensorten, des Vereins deutscher Konserven, und des Verbandes deutscher Mineralwasserfabrikanten, des Verbandes deutscher Chokoladenfabrikanten. Weiterhin sind auch zahlreiche Vertreter deutscher Handelskammern, sowie der Handelsverbände und der Bezirksvereine des Bundes der Industriellen erschienen. Der von dem Generalsekretär des Bundes Landtagsabgeordneter Dr. Wendland vorgelegte Geschäftsbericht,

führt einleitend aus, daß das abgelaufene Geschäftsjahr für den Bund erfreuliche Erfolge gebracht hat. Der Bund hat sich besonders während der letzten Jahre mehr und mehr zu einer Organisation der industriellen Landes-, Orts- und Fachverbände entwickelt und rückt damit der Verwirklichung seines von allem Anfang an verfolgten Planes ein „Verband der Verbände“ zu werden, eine über ganz Deutschland organisierte Interessengruppe zu schaffen, um einen großen Schritt näher. Die Folge dieser Entwicklung ist der weitere Zusammenschluß von Industriellen zu Fach- und Landesverbänden im Rahmen des Bundes der Industriellen. Das bedeutendste Ereignis auf diesem Gebiete war die im März erfolgte Gründung des Verbandes thüringischer Industrieller in Weimar. Auch die Zahl der Einzelmitglieder hat sich inzwischen vermehrt. Die Ausdehnung des Bundes kann als eine ganz außerordentlich große bezeichnet werden. Eine Umfrage bezüglich der beschäftigten Arbeiter hat ergeben, daß in den dem Bunde zugehörigen Fabriken rund 120000 Arbeiter Beschäftigung finden. Darunter gehören dem Bunde 180 Vereine an, davon 102 direkt und 80 indirekt. Der Geschäftsbericht geht dann auf die Tätigkeit des Bundes auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik ein. In Vordergrund des Interesses standen während der abgelaufenen Berichtsperiode der neue französische und der neue amerikanische Zolltarif. Die „Bundesstelle“ zur Vorbereitung von Handelsverträgen“ hat im September eine Umfrage bei den Mitgliedern über die Wirkung der Payne-Bill veranstaltet. Wegen des französischen Zolltarifs sind eine Reihe von Gesuchen an das Reichsamt des Innern gelangt mit der eindringlichen Forderung, daß auch auf diplomatischem Wege die Interessen Deutschlands nach Kräften gewahrt würden. Frankreich hat auf dem Payne-Tarif die einzig richtige Antwort durch Inkraftsetzung seines Maximaltarifs gegeben. Hätte Deutschland in Gemeinschaft mit den übrigen europäischen Staaten das gleiche getan, so hätte es besser um die wirtschaftliche Lage und Zukunft der alten Welt.

Jetzt wird es darauf ankommen, den amerikanischen Minimaltarif der deutschen Ausfuhr zu sichern und die großen Erleichterungen, die durch die Einführung der Herkunftsbezeichnungen für Ausfuhrwaren nach den Vereinigten Staaten geschaffen worden sind, zu überwinden. Die neue französische Schutzpolitik ist für die deutsche Industrie in gleicher Weise eine unerfreuliche Erleichterung. Sie würde ein noch gefährlicheres Geschäft annehmen, wenn etwa in England bei den Wahlen die konservativen Mehrheit siegen sollte; denn dies bedeutet den Anfang aus einer

ausländischen Schutzpolitik.

die zwar England nicht zuletzt selbst schädigen würde, jedenfalls aber allerlei Schwierigkeiten für unsere Ausfuhr-Industrie mit sich bringen würde. Alle diese Zeichen am wirtschaftspolitischen Himmel deuten auf das schon vor Jahreszeiten vom Bunde der Industriellen nachdrücklich befürwortete engere Zusammengehen der mitteleuropäischen Staaten, aber auch auf die Notwendigkeit, der deutschen Industrie neue innere Erleichterungen zu ersparen und hier nach außen durch Exportförderung Luft zu schaffen. Die besondere Aufmerksamkeit des Bundes ist daher der Gründung deutsch-englischer Vereine zugewandt gewesen. Mit besonderem Interesse hat der Bund sich an der Vorbereitung der Resolution zur zweiten sächsischen Kammer auf Grund des neuen Wahlsystems beteiligt und seine lebhafteste Aufmerksamkeit der Gestaltung des preussischen Wahlrechts zugewandt. Auf dem Gebiete des Verkehrs- und Verkehrsministeriums hat er sich noch wie vor entschieden gegen Schiffsabgaben, sowie ferner gegen die neue Fernsprechtsgebühren-Erhebung ausgesprochen. Die wünschenswerte Entlastung der Industrie gilt auch mit Rücksicht auf unsere Konkurrenzfähigkeit im In- und Auslande für den Ausbau unserer sozialpolitischen Einrichtungen. Der Bund verlangt als obersten Grundsatz die Erhaltung der Arbeitsmoralität für Unternehmer und Angestellte in gleicher Weise. Hierzu ist auch die anschließende Tätigkeit des Vereins deutscher Arbeiterber-

ferntesten Helden und männlichen Bären, überhaupt mit gefunden Schauspielern und -spielerinnen versehen werden.

Nicht Schicksal genug ist es für den Schauspieler, daß seine Gesundheit durch das Spielen selbst abgerieben und geschwächt wird; oft sind diejenigen noch der Gefahr ausgesetzt, sich durch schädliche Schminken und Farben Krankheiten anzuschaffen. Die Römer schminkten den Jupiter mit Wermut nur auf ihre Festtage, ihre Triumphparaden beim feierlichen Einzug; aber die Schauspieler müssen täglich ihr Gesicht mit Farben veranschaulen. Darum seien zum Waschen dieser bedauerlichwürdigen Menschen-lasse einige Farben bestimmt, womit sie sich ohne offenkundigen Schaden ihrer Gesundheit bemalen könnten.

Alle Gattungen weißer Schminke aus Quecksilber und Blei sind der Gesundheit schädlich; unschädlich ist das Zinnpulver, Aukerenschalen, geschlammte Kreide und weißer Bolus.

Au roter Schminke können Zinnober, Zerkonit und Eisenwurzeln gebraucht werden; Gelbwurz, Söhholz und Soffran geben gelbe Farben; braun schließliche Erde oder gebrannte Schalen von Krustentieren, mit feiner Kreide vermischt, ist eine sichere braune Farbe.

Braune Farben werden aus Eisenstein oder Most am besten bereitet; zur blauen Farbe ist Indigo und Berlinerblau zu nehmen; die schwarze Farbe endlich kann aus gekautem Stophholz oder aus den Schalen der Krustentiere nützlich und unschädlich bereitet werden.

Es ist ein großes Verbrechen, den schwermüthigen Staatsmann lachen, den hartberzigem Weinen, den Schwärzen rechtschaffen, den Feinden lebenwürgend, den Weisungen wohlthätig, den gefühllosen Wohlwicht gegen das Schöne, das Kränze der Tugend wieder anzuheben zu wollen; all diese Verbrechen liegt auf Unkosten seiner Gesundheit in dem Weisheitsspiel eines empfindsamen Schauspielers.

Dechnachtung, Fremdschick und Mitleid verbinden diese guten Menschenleben. Diese Wärtner des Publikums.

Anmerkung des Editors (von 1781): Vor 100 Jahren wäre vielleicht dieser Schachspiel für Schauspieler unter die Schriften der schwarzen Koper herabgebeutert worden. Soll der Aufklärung!

A. Wilhelm.

Hände zu rechnen. Von diesem Gesichtspunkte aus hat sich der Bund auch nachdrücklich gegen die ungewollten und unorganischen Veränderungen der neuen Reichs-Verfassungs-Erordnung, sowie gegen das Arbeitskammergesetz gewandt. Zu erwarten ist, daß die Tendenzen der letzten Gewerbeordnungsnovelle, die durch die Kommission des Reichstages über die Absichten der Regierung hinaus in Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse verhärtet worden sind, in der Hoffnung der vorigen Session nicht wieder in Erscheinung treten werden. Es muß endlich einmal die Einsicht in Deutschland allenthalben durchdringen, daß die Industrie nicht nur dafür da ist, Lasten zu tragen, sondern in erster Linie Werte zu schaffen, Arbeitsgelegenheiten zu bieten und Land und Leute zu ernähren. Unsere sozialpolitischen Einrichtungen stehen als stützendes Muster vor dem Auslande da. Es ist sehr abzuwarten, inwieweit das Auslande uns darin folgt, damit das Verhältnis der Produktionslasten wieder gebührend ausgeglichen wird. Andernfalls wird die deutsche Industrie im Zusammenhange mit anderen Verbänden entschieden für den Ausbau der Erbschaftsteuer eingetreten. Der Sturm der Entrüstung über das Verhalten der agrarischen Mehrheit bei den letzten politischen Kämpfen hat das deutsche Bürgertum auf die Schenken gerufen und die Begründung des Hansabundes herbeigeführt. Parallel mit diesem erfreulichen Erwachen des Solidaritätsgefühls aller gewerblichen Stände einschließlich der Angestellten entstand in jenen Tagen der Deutsche Bauernbund, dessen Begründung ebenso wie die des Hansabundes die schweren Fehler historisch festlegt, die seitens des Bundes der Landwirte im vorigen Jahre begangen worden sind. Es ist zu hoffen, daß der künftige Reichstag mehr industrielle und gewerbliche Vertreter aufzuweisen haben wird, als bisher und es ist ferner zu hoffen, daß die erfreuliche Erweiterung der Kreise des Bundes ihm neue bedeutende Mittel zur Abwehr schädlicher Angriffe auf den gesunden Körper der deutschen Volkswirtschaft zugeführt haben und zuführen werden.

Badischer Landtag.

Schluss der Rede des Abg. König über die Biersteuer aus der Sitzung vom 22. Januar.

Wir sind aber weiter — und zwar bin ich der Meinung, daß das von uns in sehr weitgehendem Maße geschehen ist — auf die Berücksichtigung der Kleinen eingegangen, indem wir eine besondere Kategorie eingefügt haben: eine Kategorie, wie sie die Regierungsvorlage nicht hat, sondern wie die Regierung sie vorzunehmen ausdrücklich abgelehnt hatte: nämlich eine Kategorie, wonach diejenigen, die bis zu 150 Doppelzentner Malz im Kalenderjahre verwenden, einen Ausnahmesatz von 13 Mark verwilligt erhalten.

Damit glauben wir dieser großen Zahl der Kleinen Brauer bis an die Grenze des Möglichen entgegenkommen zu sein, und eine weitere Ermäßigung, glaube ich, kann in keiner Weise gegenüber den Großbrauereien gerechtfertigt werden; billigerweise sollte sie von den Kleinbrauereien gar nicht verlangt werden.

Wir haben diesen ausnahmsweisen Vergünstigungen von 13 Mark per Doppelzentner aber unter Kautele gestellt. Wir erachten es für für notwendig, nämlich, daß wenn einer dieser Kleinen Brauer, der einen Malzumsatz bis zu 150 Doppelzentner hat und den Vergünstigungsumsatz von 13 Mark, dafür genießt, einmal das Quantum von 150 Doppelzentner überschreitet, er dann endgültig dieses Satzes von 13 Mark verlustig geht und in die Lage, in die Stellung der anderen eintritt.

Es ist weiterhin (was ich, um Klarheit zu geben, hier hervorheben muß) die Bestimmung so, daß an diesem niederen Satz von 13 Mark die Großbrauereien nicht partizipieren; die ganze Sache steht außerhalb der Staffelung und ist eine Kategorie für sich.

Nun sind Wünsche geäußert worden, auch innerhalb der Kommission sind in dieser Hinsicht Anträge hervorgebracht — den Kleinbrauereien weiter entgegenzukommen, weiter als es nach dem von mir eben dargelegten Standpunkte der Kommission geschehen ist. Es wurde beantragt, den Brauereien bis zu 150 Doppelzentnern einen Satz von 12 Mark zu bewilligen, bis zu weiteren 300 einen solchen von 14 Mark, ferner wurde auch wieder eine Staffelung vorgeschlagen von 11 — 16½ — 19 und außerhalb dieser Staffelung ein Vergünstigungssatz für die Kleinen Brauer bei einem Verbrauch bis zu 200 Doppelzentnern von 20 Mark.

Es schien uns unmöglich, hierauf einzugehen. Die Kleinbrauereien haben ähnliche Wünsche geäußert, und sie haben dabei namentlich hervorgehoben — ein Grund, den ich persönlich durchaus für achtenswert gelten lasse —, daß die Erhaltung der Kleinbrauereien im Interesse der Brauer selbst, des Mittelstandes, im Interesse der Gemeinden, in denen sie sind und auch im Interesse des Staates liege. Das ist zugegeben und es ist noch meinem Dafürhalten auch mit Recht von diesen Kleinbrauereien hervorgehoben worden, daß ein öffentliches Interesse daran bestehe, daß nicht die Zahl der abhängigen Existenzen vermehrt, sondern daß womöglich eine große Zahl kleinerer selbständigen Existenzen erhalten werden. Das ist alles zuzugeben; allein ich habe bereits vorhin gesagt, daß ist eine Frage, die dem großen wirtschaftlichen Verdegang unterliegt — und mit einem Biersteuererlasse können wir diese Frage nicht ändern und diesen Gang nicht aufhalten.

Es ist ferner hervorgehoben worden, daß das Verschwinden der Kleinbrauereien Nachteile für die Landwirtschaft bringe. Die Landwirtschaften in allen Teilen des Landes legt ihre Brauereien hauptsächlich an die nächstgelegenen Brauer ab, das seien ihre Käufer. Würde man nun ein Gesetz machen, das dazu führen würde, diese Kleinbrauereien immer mehr verschwinden zu lassen, würde man namentlich die höheren Steuersätze einführen, dann würde es (wurde geltend gemacht) dazu kommen, daß diese badische Gerste überhaupt nicht mehr gekauft werde; denn bei einem höheren Steuersatz lohne sich nur die Verarbeitung von Gerste erster Qualität mit höchstem Extraktgehalt, die badische Gerste sei aber in ihrer durchgehenden Art eine Gerste mittleren Sorte, sie lasse sich nicht besser erzielen, das hänge mit der Weisheit des Bodens und mit dem Klima zusammen.

Das alles haben wir in Betracht gezogen. Allein wir konnten uns nicht entschließen, weiter herunterzugehen, als ich angegeben habe und zwar hauptsächlich deshalb, weil es durch eine zu weitgehende Begünstigung der Kleinbrauereien diesen vielleicht möglich geworden wäre, die Steuerbelastung auf sich selbst zu nehmen, von einem Bierantrag abzugehen, und es dadurch den Großbrauereien, die in der Hauptsache die Steuer aufbringen müssen, es zu erschweren, so da und dort umständlich zu machen, die Steuer auf den Konsum abzuwälzen. Es ist vielleicht versucht worden, diese Gefahr — die Gefahr, daß die Kleinen durch Preisunterbietungen oder dadurch, daß sie nicht aufschlagen, den

großen die Abwälzung unmöglich zu machen — als sehr unbedeutend hinzustellen. Ich sehe sie nicht als unbedeutend, sondern als behebend an; denn ich habe darauf hinzuweisen: wir haben Kleinbrauereien in der Zahl von 177 und 119, das ist eine sehr hohe Anzahl, und diese Kleinbrauereien sind über das ganze Land verbreitet; und diese über das ganze Land verbreiteten Kleinbrauereien sind tatsächlich in der Lage, wenn sie nur wollen, durch Preisunterbietungen die Großen zu schädigen und ihnen die Abwälzung auf den Konsum zu erschweren und sie sind wohl in der Lage, in dieser Hinsicht sehr viel Unheil anzurichten.

Nun komme ich zu den Großbrauereien. Die Großbrauereien hatten selbstverständlich aus der Wahrung ihrer Interessen heraus auch ihre Wünsche, und zwar war der Wunsch der Großbrauereien im wesentlichen der, daß man mit dem Höchstsatz nicht über den innerhalb der norddeutschen Brauereigemeinschaft bestehenden, also (um mich kurz auszudrücken) im Reichsgesetz stehenden Satz von 20 Mark per Hektoliter hinausgehen möge; wir haben ja einen Höchstsatz von 20 Mark. Ferner wurde von Seiten der Großbrauereien gewünscht, daß die Spannung nicht mehr als 5 Mark betrage. Das Letztere hat im Sinne der Großbrauereien und auch unter dem wirtschaftlichen Grunde, im wirtschaftlichen Effekt die Bedeutung, daß es durch die geringe Spannung der Kleinen unmöglich gemacht werden soll, die Biersteuer selbst zu tragen; durch die geringe Spannung sollen also die Kleinen gezwungen werden, in gleicher Weise wie die Großen, die Bierpreissteigerung vorzunehmen und dadurch die Steuer im Verkehr als Konsumsteuer auszugestalten. In der Idee ist dieses Bestreben der Großbrauereien zweifellos richtig und zu unterstützen; aber wir waren nicht in der Lage, dem Wunsche der Großbrauereien zu entsprechen und den Höchstsatz auf 20 Mark zu beschränken, und zwar einfach aus dem Grunde, weil wir in die Kollage verfehlt waren; den erhöhten Mehrbedarf des Reiches aufzubringen, und weil wir, wie ich ja bereits ausgedeutet habe, aus rechtlichen Gründen zu der Ansicht kamen und kommen mußten, daß der ganze Mehrbedarf, der an das Reich abzuliefern ist, durch die Erhöhung der Biersteuer aufzubringen sei und diese Erhöhung der wirtschaftlichen Abgaben konnte nur dadurch erlangt werden, wenn eben die Großindustrie in der Höchstgrenze mit denjenigen Sätzen belastet wird, wie es im Entwurfe vorgesehen ist.

Daß wir die Spannung über 5 Mark hinaus — von 15 Mark zu 22 Mark und daneben noch den Ausnahmesatz von 13 Mark — erweitert haben, das hat seine Gründe in demjenigen, was ich ausgeführt habe. Wir nahmen an, daß es durch diese Berücksichtigung der Kleinen, der Großindustrie nicht erschwert werde, die Bierpreissteigerung vorzunehmen und dadurch die Mehrleistung auf den Konsum abzuwälzen. Denn die Kategorie, welche den billigen Satz von 13 Mark genießt und einen jährlichen Verbrauch bis zu 150 Doppelzentner hat, das sind doch wohl solche, die im wesentlichen das Bier selbst in der eigenen Wirtschaft ausgeben und nicht an andere verkaufen und dadurch gar nicht in die Lage kommen, Großbrauereien bei Bierkäufen zu unterbieten. Das ist das eine. Aber nach der anderen Richtung hin gegenüber den Wünschen der Kleinen soll in diesem Zusammenhang auch gleich das andere gesagt werden. Wenn auch der Kleine in diesen Sätzen aus ganz erklärlichen Gründen im wirtschaftlichen Nachteil gegenüber dem Großen ist, so besteht doch unzweifelhafter Vorteil für den Kleinen darin, daß er einen einfachen Apparat mit verhältnismäßig wenig Kosten hat und daß er, entgegengekehrt, wie es der Große hat, in der Lage ist, dadurch daß er eben, was ich gesagt habe, sein Bier selbst auszusenden, einen erheblichen Schanzgewinn selbst zu erzielen. Das muß berücksichtigt werden, um die Lage der Kleinen zu übersehen und um deren Wünsche in ihrer Berechtigung abzumessen.

Es ist dann seitens der Großbrauereien hervorgehoben worden, daß die Belastung, wie sie im Gesetze vorgesehen ist, die badische Brauindustrie ganz besonders hart treffe, härter bei gleichen Sätzen, als die Industrie in den Nachbarländern Elsaß-Lothringen, Württemberg und auch in Bayern getroffen würde, und zwar werde in Baden das Bier sehr viel stärker eingesteuert als in diesen Nachbarländern. Es ist von den Großbrauereien angegeben und von der Groß-Regierung als richtig bestätigt worden, daß der durchschnittliche Malzverbrauch bei den Großbrauereien 20—21 Hektoliter pro Hektoliter Bier betrage. In anderen Ländern, beispielsweise in Württemberg und Elsaß-Lothringen werde der Malzverbrauch vorgefunden in einer unteren Grenze von 17 Hektoliter pro Hektoliter. Das ist ein ganz bedeutender Unterschied, und wenn man nun dann die Lage eines badischen Brauers vergleicht mit derjenigen eines Brauers in einem anderen Lande, so finden wir: im anderen Lande wird das Bier leichter eingekauft, die Kosten für Rohmaterialien sind entsprechend geringer. Es ist ein Unterschied, ob ich 17 Hektoliter auf einen Hektoliter Bier verwende oder 20 oder 21 Hektoliter. Dazu kommt dann noch, daß die Steuer auf das Malz gelegt wird; es ist eigentlich keine Biersteuer, die wir hier haben, sondern eine Malzsteuer, also eine prozentual höhere Belastung auch durch die Steuer selbst. Das sind Momente, die sehr zu beachten waren.

Nun, in diesem Zusammenhang will ich noch auf einen Punkt zu sprechen kommen, der gerade für die badischen Großbrauereien von Wichtigkeit ist. Wir haben in Baden ein Gesamtergebnis von Bier für das Jahr 1908, das festabgeschlossene Jahr, von 3.227.000 Hektoliter. Wir haben eine Einfuhr an fremden Bieren nach Baden in Höhe von 276.000 Hektoliter und eine Ausfuhr von 368.000 Hektoliter, mit anderen Worten: Baden führt 92.000 Hektoliter Bier mehr aus als ein. Infolge dieses Umstandes ist Baden, d. h. die badische Großbrauindustrie, sehr beteiligt an der Regelung der Uebergangsgebühren und der Rückvergütungen bei der Ausfuhr, und in dieser Regelung der Uebergangsgebühren und in der Regelung der Rückvergütungen bei der Ausfuhr liegen tatsächlich Momente, welche ganz zu Ungunsten der badischen Großindustrie wirken. Bei der Ausfuhr, wenn badisches Bier außerhalb Badens ausgeführt wird, so wird berechnet zunächst der als Höchstsatz in dem betreffenden Lande, in welches das Bier eingeführt wird, geltende Steuersatz; ferner wird ein Malzquantum von 25 Hektogrammen zu Grunde gelegt. Es ist ausgeführt worden: bei der Ausfuhr nach dem Elsaß, welches nach den Mitteln, die wir erhalten haben, das Hauptausfuhrland für das badische Bier ist, werden 25 Hektogramme Malz angesetzt, und es wird dafür der Höchstsatz der im Elsaß von den Großbrauereien zu zahlenden Steuer angesetzt. Das ergibt eine Uebergangsgebühr von 5,75 Mark in Elsaß-Lothringen. Es ist dann berechnet worden, daß eine entsprechend große Brauerei bei Herstellung des Bieres im Elsaß mit einem Satze von 3,50 Mark belastet werde, das ergibt tatsächlich eine Differenz von 2 Mark zu Un-

gunsten der badischen exportierenden Brauer. Da wir nun in Deutschland verschiedene Steuerhöhen, überhaupt verschiedene Biersteuerregulierungen haben, so müssen wir wirtschaftlich trotz unserer nationalen politischen Einheit da und dort das Ergebnis erzielen, daß tatsächlich inwendig die Schutzsollen gegeben sind, und es ist dieses Verhältnis, dieses Mißverhältnis im vorliegenden Fall ein solches, daß die Wirkung eines Schutzsollens hat zu Gunsten des elassischen Bieres gegenüber dem badischen, d. h. das badische Bier, das nach dem Elsaß kommt, ist nach dieser Regelung der Uebergangsgebühren um 2 Mark höher belastet als das elassische. Nun gibt es allerdings eine Ausfuhrvergütung. Der badische Brauer, der Bier nach dem Elsaß ausführt, bekommt die Steuer, die er bezahlt hat, rückvergütet. Allein die Rückvergütung findet statt, aufgrund der wirklichen Verhältnisse. Es wird eben für jede Brauerei ermittelt, welchen Steuersatz sie nach dem von ihr produzierten Quantum vermöge der Staffellung, ferner wird das Quantum ermittelt, das sie verwendet, um ein Hektoliter Bier herzustellen. Das trifft natürlich dann niemals mit der Uebergangsgebühr zusammen. Denn, wie ich gesagt habe, wird bei der Uebergangsgebühr ein Quantum von 25 Hektogrammen Malz zugrunde gelegt, währenddem die wirkliche Verwendung ja nur 20 oder 21 Hektogramme beträgt. Infolgedessen kann durch die Rückvergütung bei der Ausfuhr niemals dasjenige ausgeglichen werden, was als Uebergangsgebühr in dem betreffenden Auslande, also in Elsaß-Lothringen, zu zahlen ist. Es wäre wünschenswert, wenn das gleichheitlich geregelt wäre, wenn Uebergangsgebühr und Ausfuhrvergütung gleich wäre. Das wäre namentlich auch für die Staaten eine sehr viel einfachere Berechnung als jetzt. Allein, das ist ein Wunsch, den wir der Zukunft überlassen müssen. Heute ist es nicht möglich, wie ich mich überzeugt habe, hauptsächlich durch den Widerstand Preußens auf diesem Gebiete. Preußen will die Uebergangsgebühr in ziemlich hoher Höhe erhalten, um dadurch eine Art von Schutzoll zu Gunsten des norddeutschen Bieres zu behalten, weil es die Konkurrenz vor allem des bayerischen Bieres erschweren will. Es wäre wie gesagt in wirtschaftlicher Hinsicht zu wünschen, daß da eine gewisse Korrektur eintreten würde.

Nun haben wir wie gesagt diese oberen Sätze angenommen. Sie sind eine schwere Belastung für die Brauindustrie. Allein, sie sind in der Lage sein, dieselbe abzuwälzen, und wir finden uns mit diesen Sätzen auch im Einklang mit den Nachbarländern. Württemberg hat auch einen Satz von 22 Mark, Elsaß-Lothringen hat sogar einen solchen von 25 Mark.

Nun, wenn der Vorschlag der Kommission Gesetz wird, so wird ja unabweislich eine Erhöhung des Bierpreises eintreten müssen. Ich habe ja bereits davon gesprochen, daß das Glas Bier von 10 auf 11 Pfennig wird aufschlagen müssen. Das kann dann von Konsumenten und auch vom Produzenten getragen werden. Beide müssen nur der Mäßigung sich befleißigen. Mäßigung ist nötig für die Brauer im Ausschlagen, Mäßigung auch für den Konsumenten — ich meine jetzt nicht im Konsum von Bier, mit dem habe ich es hier nicht zu tun — sondern Mäßigung seines Anwillens, mit dem er einen Bierausfluß aufnimmt. Meine Herren! Wir müssen in allen Dingen, auch in kleinen, an den großen Zusammenhang aller Dinge denken. Diese Steuer ist veranlaßt durch die Abgaben an das Reich, und das Reich braucht Geld, um die großen nationalen Aufgaben zu erfüllen, und aus der Erfüllung dieser großen nationalen Aufgaben, meine Herren, haben wir auch die Möglichkeit erlangt, wirtschaftlich fortzuschreiten. Das soll in diesem Zusammenhang kurz gestreift sein.

Ich muß der Vollständigkeit halber noch auf ein anderes Moment hinweisen. Die Gemeinden erheben ebenfalls eine Malzsteuer von 2,70 pro Hektoliter, ferner eine Brausteuer für Bier, das von einer Gemeinde in die andere Gemeinde eingeführt wird, die z. B. begrenzt ist von 5 Hektogrammen pro Hektoliter. Das ist eine gemeine Besteuerung, ein Oktroi, welches die Brauereien noch unterliegen neben der Besteuerung durch den badischen Staat. Wir haben diese Angelegenheit aus unseren Erörterungen ausgelassen, denn es ist eine Sache der Gemeindebesteuerung und wie haben es hier zu tun mit der durch den Staat vorzunehmenden Steuererhebung. Es soll aber in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, daß auch nach andere Lasten von den Brauereien getragen werden müssen, als diejenige, von der wir reden.

Meine Herren, das wäre die allgemeine Orientierung über diesen Gegenstand. Ich will nun in aller Kürze übergehen auf die einzelnen Fragen.

Wenn Sie den Beschlusstext zur Hand nehmen, finden Sie den Regierungsvorschlag und ihm gegenüber gestellt, den Kommissionsvorschlag. Ueber die Sätze, die wir ermäßigt haben gegenüber dem Regierungsvorschlag habe ich bereits gesprochen, ebenso habe ich davon gesprochen, daß wir eine Ausnahmekategorie von 150 Doppelzentnern mit einem Steuersatz von 13 Mark per Doppelzentner eingeführt haben.

Es ist dann noch hinzuweisen auf Ziffer 3 des § 1. Da heißt es: „In Artikel 39 werden die Worte „in den Monaten Oktober, November, Dezember, Januar, Februar und März“ gestrichen.“ Dieser Strich rückförmig ist, er entspricht dem heutigen Stand der Dinge. Es war nämlich früher die Stundung für die Brauereien, welche Sicherheit bestanden beschränkt auf Bier, das in gewissen Monaten hergestellt worden ist. Das ist nun nicht mehr der Fall. Die Stundung von 4 Monaten tritt ein, ganz gleichgültig in welchen Monaten das Malz zur Verwendung kommt, das Bier also gefotten wird. Ich habe bereits erwähnt, daß 4 Monate Stundung gewährt werden und daß die Stundung einen sicheren Zähler gegen Sicherheitsleistung bewilligt wird. Innerhalb der norddeutschen Brauereigemeinschaft ist die Stundung anders geregelt. Dort wird eine Stundung von 3 Monaten bewilligt ohne Sicherheit, eine Stundung von 6 Monaten bei Sicherheit. Es ist in der Kommission angeregt worden, auch für Baden diese Stundungsmaßregel einzuführen. Die Regierung hat sich demgegenüber ablehnend verhalten. Sie fährt aus, eine Stundung ohne Sicherheit schließe ein großes Mißkonto in sich, das der Staat nicht auf sich nehmen könne; auch sei in anderen Verwaltungszweigen nicht eingeführt, daß Stundung bewilligt werde ohne Sicherheit. Eine Stundung von 6 Monaten gegen Sicherheit zu bewilligen, habe das Bedenken gegen sich, daß eben dann wenigstens im nächsten Budgetjahr 1910/11 durch die weitläufige Stundung erhebliche Beträge nicht eingangen, weil es in das nächstfolgende Jahr übergingen, und dadurch würde die Gleichheit des Budgets geschädigt. Es hat die Kommission in ihrer Mehrheit dieser Auffassung der Regierung sich angeschlossen und es belassen bei der Forderung, daß die Stundung 4 Monate beträgt, wenn Sicherheit geleistet wird.

Zu gebe über § 2. Der § 2 enthält Schutzbestimmungen. Es soll dadurch verhütet werden, daß neue Brauereien entstehen, keine Brauereien, um an den Vergünstigungen, die den kleinen eingeräumt sind, zu partizipieren und um, vielleicht in erfolgreicher Weise, den großen Konkurrenz zu machen. Es ist bestimmt, daß Brauereien, die entstehen, einen Zuschlag von 25 pCt. der Steuer erhalten bis zum 31. Dezember 1912. Es lagen Anträge und Petitionen vor, diese Schutzbestimmungen sachlich und zeitlich zu verschärfen, eine Erhöhung eintreten zu lassen über 25 pCt. hinaus auf 50 pCt. und außerdem eine Ausdehnung der Schutzzeit über den 31. Dezember 1912 hinaus. Es ist zu erwähnen, daß innerhalb des Gebietes der norddeutschen Brauereigemeinschaft die Bestimmung gilt, daß bis zum 31. März 1915 ein Zuschlag zur Steuer von 50 pCt. erfolgt — wie haben 25 pCt. — und dann noch vom 1. April 1915 bis 31. März 1918 ein solcher von 25 pCt. Die norddeutsche Brauereigemeinschaft hat also einen höheren Zuschlag und außerdem eine sehr viel längere Ausdehnung der Schutzzeit. Die Großbrauer in Baden sind mit der Anregung hervorgetreten, daß der Zuschlag doch mindestens 50 pCt. betragen müsse. Innerhalb der Kommission lagen 3 Anträge vor. Ein Antrag ging dahin, die zeitliche Wirksamkeit dieses Paragraphen auszudehnen vom 31. März 1912 bis dahin 1915. Ein anderer Antrag war eingebracht zu bestimmen, daß diese Erhöhung der Steuerhöhe, dieser Zuschlag nicht eintrete, wenn jemand eine Brauerei als Hypothekengläubigerin übernehmen müsse, um sein Darlehen nicht zu verlieren. Ein weiterer Antrag ging dahin, den ganzen Paragraphen zu freieren, und zwar war diesem Antrage die Anschauung zugrunde gelegen, daß der Paragraph eine ungebührliche Beschränkung der Gewerbefreiheit enthalte und deshalb prinzipiell aus diesem Grunde zu verwerfen sei. Die Kommission hat sich in ihrer Mehrheit auf den Standpunkt der Regierung gestellt. Man glaubte dadurch, daß man der Regierungsvorlage beiträgt, genügend Rücksicht auf die bestehenden Brauereien genommen zu haben; man wollte auch nicht, durch sachliche und zeitliche Verschärfungen eine weitgehende Beschränkung der Gewerbefreiheit einführen und aus diesen Gründen ist man dazu gekommen, den Paragraphen so anzunehmen wie er ist.

Es ist dann weiterhin erwogen worden, daß Fälle eintreten könnten, in denen dieser Zuschlag doch ungerechtfertigt wäre, wirtschaftlich von einem Nachteil wäre, wie ihn der Gesetzgeber gar nicht wollen kann. Dem wurde dann von Seiten der Regierung Rechnung getragen, indem ein Zuschlag zu § 2 vorgeschlagen worden ist, von der Erhöhung des Steuerfußes für Brauereien, die mehr als 2 Jahre lang außer Betrieb waren, abzugehen, wenn erhebliche Mängelgründe hierfür vorliegen. Damit soll die Möglichkeit geschaffen werden, da, wo die Verhältnisse einmal ganz anders liegen, als man sie bei Erlassung des Gesetzes sich denkt, im Falle eintreten könnte, wie man sagt: *summum jus, summa injuria*, das höchste Recht, die höchste Ungerechtfertigkeit! Daß die Regierung die Möglichkeit an der Hand hat zu korrigieren durch Abwägen der Verhältnisse und in einem solchen Falle von der Anwendung des Gesetzes abzugehen.

Nun, meine Herren, sind noch einige kleine Abänderungen da, die ich nicht zu besprechen brauche. Es sind die Daten abgeändert worden, selbstverständlich, weil das Gesetz nicht auf 1. Januar in Kraft treten kann, es ist auch das Datum des 1. Juli 1909 entsprechend abgeändert und das Datum des 1. August 1909 eingeseht worden.

Damit wäre ich mit der Berichterstattung über das Biersteuerrecht zu Ende. Ich habe aber noch etwas hinzuzufügen, weil die Kommission auch das erörtert hat. Es ist angeregt worden, daß eine Resolution zu fassen sei, dahin, daß die Arbeiter, die infolge der Erhöhung der Biersteuer beschäftigungslos werden, auf eine gewisse Zeit und in einem gewissen Maße entschädigt werden.

Die Kommission hat dieser Anregung Folge geleistet.

Hochwasser und Unwetter.

Der Restauer Wald ist von der Waldpartische ab völlig überflutet. Das Wasser flutet über die Hochstraße bis zum Hochwasserstande. Auch am jetzigen Meer am Ludwigshafener Stadtpark ist der Rhein angestiegen und die schaumig-gelben Wägen bilden vom Hochwasserstande aus eine einzige unübersehbare große Wasserfläche. Am alten Aderbootsdam an Schützenloch flutet das Wasser bereits über die Stephanienspromenade. Seit dem Jahre 1890 hat der Rhein nicht mehr eine solche Höhe erreicht, wie dem Bayerhaus der „Köln-Düsseldorfer“ befindet sich eine Wasserleitung dieses Wasserstands. Nach diesem fehlt aber bis zu diesem Wasserstand immer noch annähernd ein Meter. Eine meeresartige Welle hat der Rhein bei Sandhofen angenommen. Die Prizelheimer Insel ist völlig überflutet, nur hier und da ragen kleine Flecken Land hervor auf denen die orangen Hähnen sich herdenweise aufkommen und mit der Hand leicht umgangen werden können, da sie keinen Ausweg haben. Das Wasser reicht bereits bis zum zweiten Hochwasserstand. Das Gerüst von einem Dammbau bei Sandhofen behält sich nach einseitigen Behandlungen glücklicherweise nicht. Auch in unserem Straßenzugbehälter macht sich der Bedarf in erheblicher Weise bemerkbar. Während der Nacht drang das Wasser in die Halle und es mußte während der Nacht ununterbrochen gepumpt werden, um das Wasser zu entfernen, trotzdem konnte es nicht ganz beseitigt werden. Seit heute vormittag 10 Uhr ist der Rhein nicht mehr gestiegen. Infolge des Schneefalles muß aber mit weiteren Steigen gerechnet werden.

Von auswärts liegen folgende Hochwassererwartungen vor:

* Karlsruhe, 24. Jan. Das Hochwasser des Rheins bei Rastatt löste gestern eine gewaltige Wellenwelle aus. Die Eisenbahn ließ außer den festplanmäßigen Zügen noch zwei Eilzüge laufen die dort festgesetzt waren. Auch der hies. Straßenbahnverkehr nach dem Rheinufer wurde verläßt. In Rastatt ist im Garten des „Rheinbades“ das Wasser meterhoch. Tische, Stühle, Wägen usw. ragen teilweise heraus. Beim Bohnhof ist das Wasser durch aufgeworfene Erde zurückgehalten. Die Eisenbahnstationen, die Postagentur und die kleinen Geschäfte sind fast vollständig unter Wasser, welches in die Keller der betreffenden Häuser eingedrungen ist. Die Wohnungen können durch Boote oder gelegte Bretter erreicht werden. Das Wasser zum „Rheinbades“ und das Bootshaus des Rhein-Club „Nemesis“ sind aus dem Wasserumpflutet. Auf der bayerischen Seite ist der Weg nach Wetz und nach dem Gute Ludwigsberg hinter der Anleerstraße nicht passierbar, da die ganze Fläche überflutet ist. Infolge Hochwassers kann natürlich die Schiffbrücke bei Wetz den Eisenbahnzügen nicht mehr befahren werden. Der Rheinstrom fließt durch Rheinstetten aufrecht erhalten. Der Rheinstrom geht über Hildsburg. Bis halbwegs Kappelstein gehen die Boote unter Wasser und ganz auf beiden Seiten der Höhe. Eine große Anzahl Schlepper und Schlepplöße liegen auf dem Rhein vor der Schiffbrücke und können nicht weiter, da ein Aufstauen der Brücke § 31. antunlich ist. Das diesjährige Hoch-

wasser entspricht an Stärke und Ausdehnung dem vom Jahre 1890. Am gestrigen Mittag stieg der Rhein wieder um ein bedeutendes. Um 1/2 12 Uhr stand der Pegel noch auf 7,70 Meter und um 1/2 5 Uhr bis 7,95 Meter. Das Wasser geht langsam zurück.

m. Jansbrud, 24. Jan. Infolge der Schneeverwehungen ist der Güterverkehr auf der Bahn Fronten-Rentz eingestellt. Am Brenner sind ein Personen- und ein Güterzug eingeklemmt. Die in der nördlichen Richtung gelegene Schutzhütte der Innsbrucker Alpen Gesellschaft ist von einer Staublawine fortgeweht worden.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

* Landau, 23. Jan. Gestern nacht zwischen 11 und 12 Uhr wurden 2 Offiziere in der Westbahnstraße von 3 des Weges daher kommenden Burtschen angegriffen. Als sich einer der Offiziere, Leutnant und Regimentsadjutant Gilordone vom 23. Inf.-Regt. dieses Benehmen verbat, ergriff der 20 Jahre alte Kaserntagener Johann Bed von hier ein eisernes Trottoirplättchen, um mit diesem auf den Leutnant Gilordone einzuschlagen. Dieser zog seinen scharf geladenen Revolver und gab auf Bed 2 Schüsse ab, von denen einer hart am Kopfe des Bed vorbeisaupte, während der andere Schuß die rechte Hand des Angreifers durchdrang und die Fingern zerriß.

Nichterschub in Baden.

* Heidelberg, 24. Jan. Wie noch der „Heidelb. Ztg.“ verlautet, sollen auf 1. April nächsthin in Ruhestand treten die Landgerichtspräsidenten von Heidelberg, Waldshut und Konstanz. Der Mosbacher Landgerichtspräsident, Herr Eifenlohe, soll nach Heidelberg kommen. Da auch eine Senatspräsidentenstelle beim Oberlandesgericht und eine Direktorstelle beim Landgericht Karlsruhe zu besetzen sind, ist ein nicht erheblicher Nichterschub zu erwarten. Als wahrscheinlicher künftiger Mosbacher Landgerichtspräsident wird Herr Landgerichtsdirektor Fleischmann in Freiburg genannt. Fleischmann ist nämlich in Verlochsheim geboren und war schon früher in Mosbach als Landgerichtsrat und als Landgerichtspräsident in Waldshut und Oberlandgerichtsrat Kallit in Karlsruhe genannt.

Deutsch-portugiesischer Handelsvertrag.

* Berlin, 24. Jan. Eine Versammlung maßgebender deutscher Kaufleute in Lisbon unter Leitung des Konsuls Dehnbardt erzielte den Kontrakt, auf die Annahme des deutsch-portugiesischen Handelsvertrages hinzuwirken.

Regelien in Subhara.

w. Petersburg, 24. Jan. (Pet. Tel.-Ag.) Wie aus Neubuhara vom 23. Januar gemeldet wird, fanden in Subhara zwei Tage hindurch blutige Zusammenstöße zwischen den Sunniten und Schiiten statt. Weidert wurden Personen getötet. Einige persische Läden wurden geplündert, Urheber der Unruhen, sunnitische Studenten zogen haufenweise durch die Straßen und haben es auf die persischen und schiitischen Beamten abgesehen. Die Sunniten strömen aus der Umgebung nach Subhara und fordern die Ablegung des Statthalters. Auf die Bitte der libanesischen Regierung wurde eine russische Truppenabteilung nach Neubuhara entsandt. Nach den letzten Nachrichten aus Neubuhara hört das Wort dort seit gestern auf. Die Zahl der Getöteten beträgt etwa 100. Zum Schutze der russischen Konsulate und Banken, sowie der Transportkontoren in Alsbuhara wurden russische Schiffschwachen aufgestellt.

Das Eisenbahnunglück in Subharry.

* Ottawa, 24. Jan. Während der amtliche Bericht die Zahl der bei dem Eisenbahnunglück in Subharry auf der Canadian Pacific-Eisenbahn Getöteten mit 32 und die der Verletzten mit 42 beziffert, hat sich nunmehr als beinahe sicher herausgestellt, daß ungefähr 70 Menschenleben zu beklagen sind. Mindestens 25 Leichen, die aus den auf der Brücke stehen gebliebenen, in Brand geratenen Wagen 2. Klasse geborgen wurden, sind bereits entsetzt, daß eine Agnoszierung ausgeschlossen ist. Von den 40 Reisenden, die sich gleichfalls in den in den Flug gestürzten Wagen 1. Klasse befanden, sind, soweit bekannt, nur 3 gerettet worden. Viele Leichen, die unter das Eis gerieten, dürften kaum wieder aufgefunden werden. Die Rettungsarbeiten sind durch einen heftigen Schneesturm sehr behindert.

Berliner Drahtbericht.

(Von unserem Berliner Bureau.)

□ Berlin, 24. Jan. Wie verlautet, wird zu nächst Gehurtslag die Kommandantur, die jetzt General v. Böhm inne hat, durch General v. Blüskow besetzt werden. Zum Kommandanten von Potsdam dürfte Oberst Frör. v. Wülffen der Kommandeur des ersten Garde-Regiments, ernannt werden, an dessen Stelle Oberstleutnant von Friedeberg treten soll.

□ Berlin, 24. Jan. Die der „Lokalanzeiger“ hört, hat sich Erzherzog v. Loebell, der noch dem Kaiserlichen Hof zum Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg ernannt wurde, durch seinen ungünstigen Gesundheitszustand genötigt gesehen, auf die Übernahme dieses Amtes zu verzichten.

□ Berlin, 24. Jan. Der Wirtschaftsausschuß trat heute vormittag im Reichsamt des Innern zusammen. Den Gegenstand seiner Beratungen bildet die Zukunft unserer Handels-Beziehungen zu Frankreich und Nordamerika.

Das Hochwasser in Frankreich.

□ Berlin, 24. Jan. Aus Paris wird gemeldet: Es steht jetzt fest, daß seit 1876 kein veraltetes Hochwasser in und um Paris verzeichnet worden ist. Das Wasser hat enormen Schaden angerichtet, der sich noch nicht annähernd übersehen läßt. Die Orleansbahn, soweit sie ins Innere der Stadt läuft und die tiefer gelegenen Wohnungen stehen unter Wasser, das bisweilen eine Höhe von 2 Meter erreicht. Alle Flüge erlitten ungeheure Verluste, die 1 1/2-2 Stunden dauerten. Die Bahndirektionen sehen weitere Störungen für heute und morgen voraus, und machen dies durch Plakate bekannt. Auch die unterirdische Stadtbahn hat sehr gelitten und ist an verschiedenen Stellen unterbrochen. Der Bewohner der Seinespartie von Paris hat sich eine wahre Panik bemächtigt. Der Fluß steigt ununterbrochen. Gestern Abend war er zu der bisher nie erreichten Höhe von 28 Fuß gestiegen. Heute dürfte die Seine infolge der reichlich niederschnehenden Regengüsse noch mehr anschwellen. Große Streden weit reicht die Flut bis in die 2. Stadwerke. Auf mehreren Brücken mußte der Verkehr eingestellt werden. Seit gestern macht sich in Paris der Mangel an Trinkwasser außerordentlich fühlbar. Die Wasserwerke mußten geschlossen werden, weil die Flut in die Maschinenräume einbrang. Die Reinigung der Straßen durch Wasser ist eingestellt.

Automobilunglück.

□ Berlin, 24. Jan. Aus Dresden wird gemeldet: Auf der Landstraße bei Dresden rannte ein Automobil der Placettenfabrikanten Gg. Kasmani mit großer Geschwindigkeit gegen einen Baum. Die drei Insassen wurden auf die hartgepflasterte Straße geschleudert. Der 30jährige Chauffeur brach das Genid. Die beiden Insassen erlitten mehr oder minder schwere Verletzungen. Der Kraftwagen wurde vollständig zertrümmert.

Vom kaiserlichen Kronprinzen.

□ Berlin, 24. Jan. Aus Belgien wird gemeldet: Die Reise des Kronprinzen Alexander nach Sofia tritt hier vollständig in den Hintergrund. Alles besetzt sich mit dem Verhalten des Prinzen Georg. Dieser bleibt bei seiner kategorischen Erklärung, die Verletzung nicht anzunehmen und lieber auf die Offizierschule eventuell auch auf die Rechte eines Prinzen zu verzichten, als nach Milanoway zu reisen. Zwischen dem Prinzen und seinem Vater soll ein heftiger Streit ausgebrochen sein, als der Prinz den König persönlich ersuchte, Protest gegen seine Verletzung einzulegen. Prinz Georg bemerkte: „Ich gehe nicht allein. Wir sind alle, Du und meine Geschwister hierher auf einmal gekommen. Sollte ich Belgien verlassen, so tue ich es nur, wenn ihr alle mitkommt.“ Der Prinz meint durch die Stellungnahme einiger Blätter sowie auch durch die Tiraden seiner Freunde aufgemuntert zu werden, sich gegen die Beschlüsse der Regierung und des Königs anzulehnen. Sollte Prinz Georg tatsächlich der Abkommandierung nicht Folge leisten, so dürften ernste Komplikationen, wenigstens aber ein großer Skandal, entstehen.

Ein französisches Fort — auf Sehm gebaut.

□ Berlin, 24. Jan. Auf indirektem Wege ist dem Kriegsminister eine Meldung zugegangen, die in militärischen Kreisen lebhafteste Erregung hervorruft. Das Fort Allot in der Nähe von Toul, das das untere Moseltal beherrscht, hat sich in einer Länge von etwa 3 Meter geneigt. Im meisten ist bei diesem Erdstöße die mit Eisenbeton überkleidete untere Seite. Das Fort ist noch neuem Datums. Es ist erst vor wenigen Monaten vollendet worden. Das Bauwerk, das als Fort erster Klasse mehrere Millionen Franks kostete und mit Panzern ausgestattet ist, wurde auf Lehmboden errichtet, der keine feste Unterlage bot. Schon beim Bau dieses Forts soll es zu Differenzen zwischen dem damaligen Kriegsminister Andree und den Genie-Offizieren gekommen sein.

Drohender Einsturz einer Kirche.

□ Berlin, 24. Jan. Aus Polen wird gemeldet: In der katholischen Marienkirche Sosenialka, die im vergangenen Jahre durch Bodensenkungen teilweise einstürzte und bisher dem Publikum noch nicht zugänglich war, haben sich von neuem erhebliche Senkungen gezeigt. In der Stadt herrscht große Aufregung. Die Kirche scheint vollständig verloren zu sein. Der erste Einsturz in der Marienkirche erfolgte am 9. April vorigen Jahres. Dabei wurde die nordwestliche Wand während des Karfreitag-Gottesdienstes durch Erdstöße zerstört. Damals fürchtete man, da die Senkung auf den Wasserzustand des fiskalischen Salzwerks zurückgeführt wurde, eine weitere Katastrophe. Die Marienkirche ist im Renaissancestil im 18. Jahrhundert erbaut.

Die Borkerrückung des Nordes.

□ Berlin, 24. Jan. Aus Paris wird gemeldet: Der bekannte Anarchist und Antimilitarist Hervé, der wegen eines in der „Guerre Sociale“ veröffentlichten Artikels „Das Beispiel des Knochens“ in Untersuchungshaft genommen wurde, ist vom Untersuchungsrichter dem Schwurgericht überwiesen worden, wo er sich zugleich mit einem Rekruten desselben Blattes wegen Aufreizung zum Nord zu verantworten haben wird. Hervé hatte in dem fraglichen Artikel aus Anlaß der Ermordung des Generalen Derau durch einen Knochens diesen Nord verurteilt.

Prinzessin Luise.

□ Berlin, 24. Jan. Aus Paris wird gemeldet: Der Advokat der Prinzessin Luise droht, im „Matin“ mit der Aufstellung eines Familienkandals, falls Philipp von Souburg auf seiner Halbmillionforderung beharre. Der Inhalt der Papiere, die 1905 infolge eines Ausgleichs unter den Anspitzen des Kaisers Franz Josef in Wien verbrannt worden sind, könnten jeden Augenblick der Öffentlichkeit übergeben werden.

Die Komeien als Unglückspropheten.

□ Berlin, 24. Jan. Aus Rom wird berichtet: Das fast gleichzeitige Auftreten zweier Komeien, des Hohensterns und des neuesten süditalienischen hat unter der Bevölkerung Seditälens eine große und tiefe Bewegung hervorgerufen. Man fürchtet, daß beide die Vorzeichen eines großen Unglücks, vielleicht eines neuen Erdbebens sind. In Catania, Palermo und anderen süditalienischen Städten werden öffentliche Gebete zur Verhinderung eines Unglücks abgehalten.

Badischer Landtag.

W. Karlsruhe, 24. Januar.

Präsident Kobrhuber eröffnet die Sitzung um 11 1/2 Uhr. Am Regierungstisch sind anwesend Ministerialdirektor Hübsch und mehrere Regierungskommissare.

Die Tagesordnung ist folgende: 1) mündlicher Bericht der Kommission für Justiz und Verwaltung und Beratung über den Gesetzentwurf „Vereinbarung der allgemeinen rechtlichen Grund- und Unterpfandbücher betreffend. Berichterstatter Abg. Dr. Franzl. 2) mündlicher Bericht der Budgetkommission und Beratung des Budgets des Groß. Ministeriums der Justiz, des Kultus und des Unterrichts für 1910. Ausgabenteil 2, Einnahmenteil 2. Strafanstalten, Berichterstatter Abg. Dr. Franzl. 3. Fortsetzung der Beratung des Budgets Groß. Ministeriums der Justiz, des Kultus und des Unterrichts für 1910 und 1911. Ausgabenteil 1-7, 12 und 13 sowie Einnahmenteil 1 (Berichterstatter Abg. Kopf.) Sekretär Müller gibt dem Hause den Einlauf von Petitionen bekannt und zwar die Petition der Ortsgemeinde Schürberg der Stadtgemeinde von (Amt Schömad), weitergehende Einnahmehilfe zum Schulbau in Hoppoch. Diese Petition wird der betreffenden Kommission überwiesen.

Darauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

Der Stand der Verhandlungen über die Neckar-Kanalisation.

Ueber den Stand der Verhandlungen betreffend Neckar-Kanalisation weiß die „Württemberg. Ztg.“ zu berichten: Die Diskussion über die Haltung Württembergs zur Frage der Schiffahrtsabgaben, wie insbesondere darüber, ob sich ein Verständigungsweg mit Baden finden lassen wird, ist wieder lebhaft im Gange.

Da es im gegenwärtigen Augenblick vor allem darauf ankommt, keine unnötige Verunreinigung in den Gang der Dinge zu bringen, möchten wir zunächst folgendes feststellen: Baden hat in jüngster Zeit keine Stellung zur Frage der Neckar-Kanalisation geäußert, und durch Vaurat Kupferschmidt in den Verhandlungen der technischen Kommission ganz allgemein erklären lassen, daß es nunmehr eine günstigere Stellung zu der Frage des Kanals einnehme.

Württemberg ist, wie wir auf Grund besserer Informationen mitteilen können, auch weiterhin bestrebt, mit Baden zu einem Wege des Einvernehmens zu gelangen. Dazu wird es nicht nur durch bundesfreundliche Rücksichten, sondern auch durch die Erwägung bestimmt, daß ja das Schicksal der Schiffahrtsabgaben im Bundesrat und Reichstag noch ungewiß ist, und daß Württemberg, falls das Schiffahrtsabgabengesetz fällt, darauf angewiesen bleibt, mit Baden über den Bau des Neckar-Kanals zu einer Verständigung zu gelangen.

Aus Stadt und Land.

Mannheim, 24. Januar 1910.

Eine Operation an der Königin von Schweden. Dem „N. Z.“ zufolge hat sich die Königin von Schweden in einem Berliner Hotel einer geringfügigen Nasenoperation unterzogen.

Der Liberale Verein, der morgen Dienstag abend 8 1/2 Uhr in den Sälen des Volkshauses stattfindet, verspricht einen sehr schönen Verlauf zu nehmen. Zunächst wird Herr Professor Dr. Beinert einen ca. 30 Minuten dauernden Vortrag halten über das sehr zeitgemäße Thema: „Jugendziehung zur Politik“.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Die Schaurie „Der Feldherrnhügel“ ist zur Aufführung im Neuen Theater in Halle erworben worden. Das Werk soll schon in den nächsten Wochen, noch vor der Berliner Aufführung gegeben werden.

Im Hamburget Theaterverein fand die deutsche Uebersetzung des englischen Schauspiel Dorothas Rettung von Alfred Sutro eine sehr gemischte Aufnahme, die stellenweise hart an ironischer Feinheit an unrichtiger Stelle vorüberstrich.

Ein neues Werk von Robert Schillings. In Berlin gelangte am 20. ein neues Violin-Konzert in A-Moll von Max Schillings zur Aufführung. Das Werk, das unter der Leitung des Komponisten von Felix Werber mächtig gespielt wurde, errang einen schönen Erfolg und wird von der Berliner Presse als das weitest charaktervollste und bedeutendste Stück unter allen neueren Erscheinungen bezeichnet.

Volkswirtschaft.

Kolonialverle.

Bericht vom Deutschen Kolonialrat G. m. b. H., Hamburg und Berlin.

Der Markt der Südwestafrikanischen Werte zeigte in der Woche eine allgemeine Befestigung, welche zum Teil wohl auf das Interesse zurückzuführen ist, das die Verhandlungen über die kolonialen Angelegenheiten in der Budgetkommission gefunden

haben. Davi waren zeitweise stark anziehend und lebhaft gehandelt, schlieen gegen Schluß aber wieder abgeschwächt. Sonstige Werte waren bei mäßigen Schwankungen weniger umgekehrt, dagegen fanden in Territorien auf niedrigem Niveau ein ziemlich lebhaftes Geschäft statt. Kaufkraft bestand für eine Reihe von Diamantwerten. Kolonialgesellschaften Anteile preisstellend, Weiß de Mellon befestigt. Das Hauptinteresse nahmen in der letzten Zeit die Anteile der Vereinigten Diamant-Gesellschaft überprüfend ein, die mit 100 und 105 Prozent an den Markt kamen und einer sehr freundlichen Aufnahme begegneten.

Der Markt der Südwestwerte blieb gleichfalls ziemlich still. In den Werken der Neu-Quinea-Co. fanden mehrfach Umsätze statt und es wurden mehrere Tauschoperationen vorgenommen, da im Augenblick die Vorzugsaktien infolge der letzten Preissteigerung der Stammanteile billiger als solche erschienen. Deutsche Samoa-Anteile bleiben bei 45 Prozent gesucht.

n. Mannheimer Produktenbörse. Angeregt durch die von den amerikanischen Börsen in den letzten Tagen neuerdings gemeldeten Steigerungen und fester lautenden Tendenzberichte, verkehrte auch der hiesige Markt durchweg in fester Haltung. Die Umsätze blieben aber verhältnismäßig weiter klein, weil die Verbraucher über den Bedarf hinaus keine Neuanfassungen machen.

Bei der „Friedrich Wilhelm“, Brau-, Lebens- und Garantie-Versicherungsgesellschaft zu Berlin, wurden im Jahre 1909 neue Versicherungen über 120 Millionen Mark beantragt. In ganz Europa gibt es außer der „Friedrich Wilhelm“ nur 3 Lebensversicherungsgesellschaften, die eine Prämiensumme von mehr als 100 Millionen Mark im Jahre erzielen.

Telegraphische Handelsberichte.

Deutscher Reichsbank-Auszug vom 15. Januar 1910.

Table with columns: Aktiva, Passiva, and various financial items like Metall-Vorhand, Darunter Gold, Reichsbank-Schulden, etc.

Die deutsche Reichsbank verfügt über eine neuerfreie Notenreserve von M. 146 471 000, gegen eine Notenreserve von M. 22 203 000 am 15. Januar und gegen eine neuerfreie Notenreserve von M. 241 874 000 am 23. Januar 1909.

Maschinenfabrik Deuhaus N.-G., Frankfurt a. M.

Die den Aktionären schon bekannt ist und in der letzten Generalversammlung schon betont wurde, wird die Gesellschaft zur Vervollständigung des Fahrtenkanals neue Mittel aufnehmen. Kauf „Zell. Ztg.“ besetzt die Absicht, der nächstjährigen Generalversammlung die Ausgabe neuer Aktien vorzuschlagen.

Lederwerke vorm. H. Jac. Spitz, Offenbach a. M.

In der am 22. er. stattgefundenen Aufsichtsrats-Sitzung wurde die Bilanz für das abgelaufene Geschäftsjahr vorgelegt. Der Reingewinn beträgt nach 34 368 50 M. (i. V. 32 766 50 M.) und 33 280 M. für niedergelegte Gebälklichkeiten) Abschreibungen einschließlich des Vortrages aus dem Vorjahre 154 294 62 M. (i. V. 221 440 89 M.).

Neues vom Dividendenmarkt.

w. Breslau, 24. Jan. Der Aufsichtsrat der Sächsischen Kartonnagen-Fabrikation N.-G. schlägt der auf den 20. Februar einberufenen Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 11 pCt. (i. V. 10 pCt.) vor.

[] Königsberg, 24. Jan. Der Aufsichtsrat der Königsberger Maschinenfabrik N.-G. schlägt die Verteilung einer Dividende von 8 pCt. gegen 6 pCt. im Vorjahre vor.

Bank „Zell. Ztg.“ besetzt die Absicht, die Aktien dieses Instituts auf der Frankfurter Börse zur Einführung zu bringen, wo bisher auch die Aktien des in der Mitteldeutsche Kreditbank aufgegangenen Dresdner Bankvereins einen Markt hatten.

Gesellschaft Heilburg N.-G. w. Berlin, 24. Jan. In der Aufsichtsrats-Sitzung der Heilburg N.-G. wurde mitgeteilt, daß der Betriebsergebnis nach Abzug der Obligationen, jedoch ohne Abschreibungen pro 1909 betragen: Bei der Gesellschaft Heilburg 437 770 M. (i. V. 412 430 M.), bei der Gesellschaft „Friedrich“ 733 389 M. (i. V. 660 570 M.), bei der Gesellschaft „Dehmona“ 967 005 M. (i. V. 665 179), zusammen 2 738 200 Mark gegen 1 478 492 M. im Vorjahre.

Kursblatt der Mannheimer Produktenbörse.

Table with columns: Weizen pflg. neu, Weizen pflg. alt, Roggen, Hafer, etc. and prices for various commodities.

Tendenz: Weizen fester u. b. 1/2 pCt. Roggen unverändert. Braugerste fester. Futtergerste und Mais unverändert.

Mannheimer Effektenbörse.

vom 24. Januar. (Offizieller Bericht.)

Die Börse verlief in fester Haltung. Kaufkraft bestand für die Aktien des Verein. Fabriken zu 333 50 pCt., Frankfurt, Transporth- und Glas-Verf. Aktien zu 1810 M. pro Stück, Mannheimer Versicherungsgesellschaften zu 610 Mark pro Stück, Waggonfabrik Wagg-Aktien zu 180 50 pCt., Zellulose-Fabrik Waldhof-Aktien zu 200 pCt. u. Zuckerfabrik Waabankel-Aktien zu 185 pCt.

Table with columns: Aktien, Industrie, Bank, etc. and prices for various stocks.

Frankfurter Effektenbörse.

Privattelegramm des General-Anzeigers.

Frankfurt a. M., 24. Jan. (Donnerstag.) Das Geschäft erfuhr auch in der neuen Woche nur geringe Wechsellage, da die Spekulation große Zurückhaltung bewahrt mit Rücksicht auf den bevorstehenden Ultimo. Die New Yorker Börse brachte ebenfalls nur geringe Veränderung, umsoher die deutsch-amerikanischen Gaudialdrückungen eine Verlebung erfahren haben sollen, da von Amerika aus für Deutschland das Inkrafttreten des Maximaltariffs in Aussicht gestellt worden sei, obwohl man diesem Verzicht nur wenig Glauben schenkte, daß es doch Anlaß zu schwacher Tendenz, Der hiesige Privatmarkt lag um 1/2 auf 3 pCt. an. Infolge der Verlebung der Reichsbank von Reichsbanknoten, welches Geld war ziemlich leicht erhältlich, auf dem Markt für Anleihen waren Konsumwerte schwächer, das Angebot etwas größer. Man bemerkte Realisationen in Gellertstücken und Wagnis. Bodener und Bremer lagen ebenfalls schwächer. Elektrische Werte lagen ungleichmäßig und zur Schwäche neigend. Sonstige deutsche Werte ruhig und abgeschwächt. Gold- u. Silberdevisen notierten 3 pCt. niedriger. Maschinenfabriken ebenfalls niedriger. Obligo unter Realisationen gedrückt. Der Bankmarkt war besser gehalten, doch zeigte sich nur geringe Unternehmungslust. Kreditaktien auf Wien höher bezahlt, von leitenden Banken selten Deutsche Bank höher ein. Dresdner, Diskonto und Handelsgesellschaft beinahe. Sonstige fremdwertigen Wertpapiere unbeeinträchtigt. Schiffahrtswerte unter Realisationen schwach. Bonds lagen in Uebereinstimmung mit der Gesamtlage ruhig. Deutsche Anleihen besser, Russen und Japaner feil. Der weitere Verlauf war träge. Die Karte bewegte sich auf dem Niveau der Anleihenbörse. Die Kassabörse blieb still und abgeschwächt. Es notierten Kreditaktien 211.50, Diskonto 196.00, Dresdner Bank 105.25 Staatsbahn 161.10, Lombarden 26.50.

NEUHEITEN UND RESTE

TAPETEN :: LINOLEUM LINCRUSTA

MITAPEL 933 TIEN FAUS

VORTEILHAFT AUSWAHL FÜR JEDEN BEDARF

VON DERBLIN

Mora-Parfümerie
Breitestr. 15

Parfümerie Hess
C 15
Special-Geschäft

Dieses ist das richtige Geschäft zum Einkauf von

Schildpattkämmen, Haarschmuck, Schwämmen gross u. klein, Kopf-, Kleider- und Zahn-Bürsten, Toilette-Spiegel, Parfüms und Toilette-Puder, 6427

Tannin-Kopfwasser, Teer Shampoo, Gillette-Rasierapparate, Reismehlseife mit dem Namen „Otto Hess.“

Parfümerie Hess

en gros u. en detail, ist das erste u. grösste Parfümerie-Spezial-Geschäft am Platze.

Gr. E 1, 16, 1 Trepp. u. Tel. 1870 C 1, 5, Laden : 932

- C 20a, 1 Tr. (Schlüssel) ein schön möbl. Zim. a. v. 23750
- C 4, 2 Tr., schön möbl. Zimmer mit sep. Eingang u. 1. Februar zu verm. 23700
- C 42 gut möbl. Zimmer auf 1. Betr. zu verm. 2. Trepp. 18900
- D 1, 3 Paraderstr., 2 Trepp., schön möbl. Zim. per 1. Februar zu vermieten. 14198
- D 2, 1 2 Tr. z. groß, schön möbl. Zimmer zu verm. 14148
- D 5, 8 4. Et. möbliertes Zimm. a. v. 23750
- D 7, 19 part. schön möbl. Zim. mit od. ohne Pension zu verm. 14158
- E 1, 8 1 Tr., schön möbliertes Zimmer zu verm. 23735
- E 3, 5, 1 Tr., möbl. Zim. zu vermieten. 23856
- F 2, 9 2 Tr., großes, gut möbl. Zimmer mit Kamin u. Badung zum Preise von 20 A. zu vermieten. 14408
- G 3, 20 2 Tr. z. gut, schön möbl. Zim. an 1 oder 2 Betr. zu verm. 19478
- G 5, 7 3. Et., möbl. Zim. zu verm. 23884
- G 5, 12 4. Et. möbliertes Zimmer an Herrn oder Fräul. per 1. Betr. zu verm. 23718
- G 7, 37, 3. Et., schön möbl. Zim. mon. 19 A. z. verm. 23870
- G 7, 28, 2 Tr. (Eisenring) elegant möbl. groß. Zimmer zu verm. 23747
- H 1, 14, 1 Tr. rechts, groß, gut möbl. Zimmer u. 2 Betten an Herrn oder Dame zu vermieten. 14071
- H 2, 8, 2 Tr. z., gut möbl. Zim. fol. zu verm. 23904
- H 3, 10, ein möbl. Zimmer a. bef. Str. z. verm. 23781
- H 7, 18, 2. Stod (schön) Viehfrankfurter, schön möbl. Zimmer mit sep. Eingang u. freier Aussicht zu verm. 23788
- J 1, 15, 2. Stod, groß, schön möbl. Zimmer an besser. Dame od. Fräul. zu verm. 14158
- J 4a, 3 parierte, gut möbl. Zimmer (Kamin) zu vermieten. 23438
- J 4, 7a. IV. Stod, schön möbliertes Zimmer zu vermieten. 18980
- L 2, 5 3 Tr., ein gut möbl. Zimmer z. v. 23710
- L 8, 11 part. schön möbl. Zim. zu verm. 23877
- L 12, 3 3 Tr., schön möbl. Zimmer, eben mit Kamin, schön an Herrn oder Dame zu vermieten. 23806
- M 2, 2. Privat-Pension, schön möbl. Zimmer u. guter Penf. zu verm. 14118
- N 3, 11, 5 Tr., sehr möbliertes Zim. Rentierstr. z. v. 23888
- P 4, 15 3. Et., einf. möbl. Zim. fol. od. part. z. v. 24000
- U 6, 25 2. Stod, ein schön möbliertes Zimmer zu vermieten. 23978
- Xolengartenstr. 32, 3. Stod, schön möbliertes Zimmer per 1. Februar zu vermieten. 14452

Gioth's Teigseife
wäscht am besten.
9011

Läden.

Laden m. 2 Zimmer
P 5, 4 in Nähe sofort oder per 1. April zu verm. 14483
Käfersstr. E 5, 5, Seitenbau.

Erladen
in Neudorfstr. 255 mit Wohnung von 3 Zim., Bad, Kamin, Küche u. Zub. preiswert zu vermieten. 14447

Aus Stadt und Land.
Mannheim, 24. Januar 1910.

5. Verbandstag der Bureau, Kanzlei- und Rechnungsbeamten der Bad. Staatsbahnen.

Im geräumigen Saale des evang. Vereinshauses (vormals Kaiserhalle) tagte gestern der 5. Verbandstag des Verbandes der Bureau-, Kanzlei- und Rechnungsbeamten der Bad. Staatsbahnen, zu welchem sich etwa 300 Mitglieder des 554 Mitglieder umfassenden Verbandes aus allen Teilen des Landes vom Rhein bis zum See eingefunden hatten. Am nächsten war neben Mannheim der Bezirksverein Karlsruhe vertreten, der 85 Mann entsandt hatte. Der Tagung war eine Landesausschussung am Tage zuvor vorausgegangen, in welcher sämtliche Bezirksvereine (13) durch ihre Vorstände vertreten waren. Ein sehr wohl gelungenes Banquet, am Vorabend veranstaltet durch den Bezirksverein Mannheim, nahm einen glänzenden Verlauf. Auch seitens der vorgesetzten örtlichen Dienststellen waren, der Einladung folgend, eine Anzahl höherer Beamter erschienen.

Die Versammlung am Haupttage nahm um 1/2 Uhr ihren Anfang mit einer Begrüßungsansprache des Vorsitzenden des Bezirksvereins Mannheim, Lautermilch, welcher sich eine solche des Verbandspräsidenten Ballbach angeschlossen. Die letztere fand folgenden Inhalt, daß einstimmig auf Antrag von Mannheim deren Drücklegung und Verwendung als Werbe- und Agitationsmaterial beschlossen wurde. Es wurde hierauf noch bekannt gegeben, daß zwei Begrüßungs- und Gedenkplakate an Herrn Geheimrat Roth, Generaldirektor der Staatsbahnen und den Herrn Eisenbahnminister v. Marschall abgelassen worden sei. 1903 allgemeiner Beifall fand. Anschließend begann die Abwicklung der Tagesordnung, mit deren Punkt 1. Jahresbericht der Vorsitzende eine kurze Darstellung der gegenwärtigen Lage der Kategorien des Berufsstandes verknüpfte und über eine vom Ministerium erhaltene Antwort auf eine größere Eingabe an diese Stelle, welche sich u. a. auch auf Einführung einer Dienstprüfung erzielte, eingehenden Bericht erstattete. Die Einführung einer Prüfung, von welcher die einstimmige Anstellung abhängt gemacht werden soll, befindet sich schon z. B. in Erwägung. Zum Jahresbericht ergreift Herr Ballbach den Vorstand Herrn unter and anderem sehr lebhaftem Beifall das Wort zu einigen herzlichen Dankworten gegenüber der Verbandsleitung.

Der 2. Punkt Kassenbericht wurde durch ein kurzes Referat des Verbands-Kassiers Gutwacher-Mannheim erledigt. Hiernach betragen 1909 die Einnahmen 2274,75 M., darunter 1140,50 M. Mitgliedsbeiträge und 1134,25 M. Einnahmen der Inhaber der Verbandszeitung; die Ausgaben 1790,57 M. Der reine Ueberschuß und Kassenbestand am Jahresende beträgt mithin 484,18 M. Das glänzende Ergebnis wurde mit lebhaftem Beifall begrüßt. Beim folgenden Punkt: Auswahl des Verbandspräsidenten, wurde unter lebhafter Anerkennung der bisherigen Tätigkeit des Verbandspräsidenten dieser Herr Mannheimer einstimmig wiedergewählt. In herzlichen Worten dankte der Verbandsvorsitzende Ballbach den anerlegenden Worten, die seitens der Versammlung durch Herr Gutwacher-Mannheim und Herr Lautermilch gesprochen worden waren und erklärte namens des Vorstandes sich bereit, die Geschäfte weiterzuführen. Zum 3. der nächsten Verbandsversammlung — Offenburg und Wolf waren in erster Reihe — wurde nach einigen Ausführungen Herr Ballbach mit Mehrheit gewählt.

Bei der anschließenden Beratung der Statuten wurde zunächst ein Antrag Karlsruher, daß ein geleitetes Vorhaben einzelner Gruppen um Befreiung innerhalb des Verbandes für die Folge umzusetzen soll mit Bezug auf einen neuen Vorzug, 2 der Statuten der Sache angeschlossen, zurückgezogen. Ein Antrag Mannheimer, der Verbandstag solle künftig in den Monaten Mai oder Juni abgehalten werden, fand Annahme. Der Punkt 6 der Tagesordnung: Beratung der neuen Statuten — es sollten stammberechtigte Delegierte zu den Verbandsversammlungen entsandt werden, trat das wie bisher jedes erdämmene Mitglied namensberechtigt sei — wurde, nachdem Lautermilch, Ballbach und Gutwacher-Mannheim für und Himminger und Keller dagegen gesprochen hatten, mit allen gegen 19 Stimmen abgelehnt. Einer der wichtigsten Punkte der Tagesordnung, der Vorschlag der neuen Statuten, die Verbandszeitung, die sehr eingehende Beratungen und Abstimmungen hervor. Seitens einer größeren Anzahl Bezirksvereine war die Stimmung für die völlige Aufhebung der Kasse; für Beibehaltung wurde besonders seitens des Bezirksvereins Karlsruhe auf lebhafteste eingetreten. Nach einmütiger sehr lebhafter Debatte wurde die Beibehaltung mit allen gegen 75 Stimmen beschlossen. Der Antrag des Verbandspräsidenten wurde mit gleichen Stimmenverhältnis abgelehnt, daselbst bezogerte die Einführung einer Kassenzeitung von 5 Jahren; dagegen wurde mit 2/3 Majorität ein Antrag Karlsruhe auf Einführung einer zweijährigen Kassenzeitung angenommen.

Somit wurde unter lebhafter Zustimmung ein Antrag des Bezirksvereins Mannheim auf Austritt aus dem Verbands der Eisenbahnbeamten- und Kanzlei-Beamtenvereine einstimmig angenommen. Ein Antrag Mann-

Schöner, geräumiger Laden ohne Zubehör als Bureau geeignet, fol. zu vermieten. Köh. Peter 28, Baugelstraße, 14470

Möbl. Zimmer.
B 4, 8, 2 Tr. rechts, 1 schön möbl. Zimm. zu verm. 23885
B 4, 8 3 Tr. (Neubau) 1 schön möbl. Zimm. per 1. Februar z. verm. 23888

B 7, 15 1 Tr., Wohn- und Schlafzimmer, schön möbliert, mit Piano u. sep. Eingang zu vermieten. 14105
B 7, 5 part. links, schön möbl. Zimmer mit Schreibt. u. vorz. Penf. z. v. 23838

Verbandstag des Badischen Maler- und Tünchermeister-Verbandes.
(Schluß.)

Der nächste Punkt der Tagesordnung: die badische Gewerbeausstellung, wurde für die nächste Tagung zurückgestellt da die Ausstellung erst 1915 stattfindet. Der von Herrn Malermeister Haberstroh-Karlsruhe erstattete Kassenbericht weist einen günstigen Stand auf. Er blanzieret mit 7600 Mark. Der Vorschlag für 1910 wurde mit 6900 M. genehmigt. Für die Wahl des Vorstands für den nächsten Verbandstag sind Villingen und Pforzheim vorgeschlagen. Dem Vorstand wurde anheimgegeben, hierüber zu entscheiden. Die Auswahl des Vorstandes hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender: Malermeister Daxroiz-Karlsruhe, 2. Vorsitzender: Malermeister Hoffmann-Dreien, Schriftführer: Malermeister Haal, Kassier: Malermeister Haberstroh. Die vier Bezirksleiter sind die Herren Reipker-Mannheim, Fritsch-Karlsruhe, Müller-Freiburg und Ohlenhäger-Konstanz. Aus 20 Städten wurde noch je ein Mitglied in den weiteren Ausfühung delegiert. Nachdem dem Vorstand der Dank für seine Tätigkeit ausgesprochen wurde, gelangten noch verschiedene innere Angelegenheiten zur Besprechung.

Damit war um 1/2 Uhr die Tagung beendet. Wir können nicht umhin, zu konstatieren, daß die diesjährige Tagung des Maler- und Tünchermeister-Verbandes einen Verlauf genommen hat, wie er geradezu musterhaft genannt werden darf. Die sachlich gehaltenen Verhandlungen waren getragen vom Geiste der Einmütigkeit und besetzt von dem frohen Vertrauen auf eine gute Zukunft. Mögen die auswärtigen Teilnehmer nach der Rückkehr in die Heimat die hier erhaltenen neuen Anregungen in den Reihen ihrer Berufsgenossen weiter verpflanzen.

Abends wurde ebenfalls im Ballhause eine stimmungsvolle Veranstaltung

Abendunterhaltung
mit Tanz veranstaltet, zu der sich auch der Damenklub der Mitglieder sehr zahlreich einfind. Eine größere Anzahl Mitglieder der Mannheimer Liedertafel verlebte den Abend durch vorzügliche Chöre, sowie Quartette (Herrn S. Mayer sen., H. Mayer jun., L. Müller, S. Wenz und H. Raub). Herr Jos. Wenz sang einige prächtige Baritonstücke. Man hörte über diese Darbietungen nur einstimmiges Lob. Herr J. Sattler glänzte durch die trefflichen humoristischen Vorträge „Immer an der Wand lang“ und „Der schöne Salomon“, die ihm rauschenden Beifall eintrugen. Herr Karl Bach, unser beliebtester Lokalkomiker, hatte mit seinem „Mirmocher“ und seinem „Stiefelpücker“ einen Bombenerfolg. Er machte mehrere Zugaben spenden. Im Verlaufe des Abends wurden verschiedene Ansprachen gehalten. So wurde von dem hiesigen Vorsitzenden Herrn Malermeister Drexler, der auch zu Anfang die Erbhedenen mit herzlichen Worten begrüßte, mit einer humoristischen Ansprache Herr Krause-Berlin zum Dankredner ernannt, welcher Verpfändung der Hauptverbandspräsident auch voll nachkam. Seine humoristischen Ausführungen riefen wahre Heiterkeitsstürme hervor. Herr Verbandsvorsitzender Daxroiz sprach seine volle Befriedigung über das hier Gebotene und seinen Dank für das großartige Arrangement der Veranstaltung aus. Insbesondere dankte er den Herren von der „Liedertafel“, die den Abend durch ihre Mitwirkung so verfröhlichten. Die Kapelle Petermann versollständigte das Programm durch verschiedene vorzüglich gespielte Bienen und stellte auch später das Ballorchester. Bis in den frühen Morgen hinein drehten sich angegebliche Paare lustig im Kreise.

In den Ruhestand versetzt wurde Stationskontrollleur Andreas Ludwig in Oberkirch.

Uebertragen wurde dem Gewerbeschulkandidaten Heinrich Schürer die einstimmige Amittstelle eines technisch gebildeten Lehrers unter Beilegung der Amittbezeichnung „Gewerbelehrer“ an der Gewerbeschule in Karlsruhe und dem Hauptlehrer Andr. Staub an der Höheren Mädchenschule in Lahr die einstimmige Amittstelle eines femininistisch und technisch gebildeten Lehrers mit der Amittbezeichnung „Kochlehrer“ an dieser Anstalt.

* Kaiser-Vierprobe der „Mannheimer Liedertafel“. Einer alten schönen Sitte gemäß feierte die „Mannheimer Liedertafel“ den Geburtstag des Kaisers güttern durch eine Vierprobe, die den gewöhnlichen starken Besuch aufwies. Am Vorstandstisch saßen u. a. die Herren Bürgermeister Dr. Finter und Landtagsabg. König. Die Kapelle Petermann, die kurz nach 6 Uhr die Veranstaltung mit mehreren Musikstücken einleitete, gefiel ungemein wegen des subtilen Spiels. Der Beifall setzte infolgedessen auch gleich recht kräftig ein. Noch wesentlich stärker war der Applaus, als die Kapelle unter der festeren Leitung des Herrn Kapellmeisters Weyer im Verlauf des Abends patriotische Weisen anstimmte. Als die Festschönwonne intoniert wurde, erhob sich Tenor und Bass und sang freudig mit. Eine wunderbare Leistung war der Vortrag des Chores „Mehrfache“. Hier konnte das glänzende Stimmaterial der „Liedertafel“ wieder seine ganze Pracht entfalten. Stimmlicher Beifall dankte für diese Musterdarbietung, an die sich späterhin unter Herrn Musikdirektor Fielings künstlerisch so fein empfindender Leitung noch mancher ebenso vorzügliche Vortrag anschloß. Nach den vorliegenden Akkorden des ersten Chores ergriß der zweite Vorsitzende, Herr Rudolf Kramer, das Wort zu einer zündenden Ansprache, in der er darauf hinwies, daß man in der Liedertafel einer guten alten Tradition folgend, immer des Kaisers an seinen Geburtstag gedenke und damit den Wunsch verknüpfte, daß es ihm beschieden sein möge, noch recht lange mit kraftvollem Arm und weit ausschauendem Blick die Geschicke des deutschen Volkes zu lenken. Man wünsche weiter, daß es ihm vergönnt sein möge, dem deutschen Volke den Frieden zu erhalten, damit es instande sei, sich machtvoll weiter zu entfalten. Die Sänger hätten allen Grund, dem Kaiser dankbar zu sein, habe man doch beim Frankfurter Gesangswettbewerb im vergangenen Jahre gesehen, daß er vier Tage lang von morgens früh bis abends spät jeden einzelnen konkurrierenden Verein angeführt und so sein hohes Interesse für den deutschen Männergesang bekundet hat. Er möchte hoffen, daß dieses Interesse vorbildlich wirken möge namentlich auf die oberen Kreise, die vielfach noch teilnahmslos dem deutschen Männergesang gegenüberstehen. (Lebhafte Zustimmung.) Als das Hoch auf das Reichsoberhaupt durch den Saal gebrüllt war, stimmte die Aktivität den Wahspruch des deutschen Sängerbundes an. In reicher Abwechslung folgten dann Ensemble- und Solovorträge ersten und höheren Inhalts. Der Humor, der in der „Liedertafel“ in so herzerfröhlicher Weise gepflegt wird, kam wieder voll auf seinen Rechte. So hörten wir noch ein gelingendes Trio (Herrn Herrn, Marx und Henn), das die „drei Stände“ (Vehstand, Wehrstand, Nährstand) feierte, Herr Architekt Fr. Steiner sang mit seinem prächtigen, volltönen Tenor „Siegmunds Liebeslied“ so bravourös, daß er noch in eine Zugabe willigen mußte. Auch Herr Renz trug die schwierige Ballade „Jung Dietrich“ ansprechend vor. Dann folgten und leider anderweitige Verpflichtungen, aus dem gemächlichen Kreise zu scheiden. Auf dem Programm standen außer Gaben der Aktivität noch humoristische Vorträge des Dichters Meyer und Nagel und des Quartetts Henz, Reichelbohrer, Bauer und Herina, sowie Complots und weitere Lieder der Herren Leuchten und Schulze.

* Kaiserliche Jostalische Vereinigung. Auf den heutigen Vortrag des Herrn Stadtrathes Dr. Stedelmoher über „Die Pfalzen und ihre neuesten Ausleger“ im Kasino sei nochmals hingewiesen.

* Geshorhen sind in Karlsruhe Oberleutnant a. D. Karl Friedrich Schach im Alter von 80 Jahren und Sozialpräsident a. D. Geh. Rat Friedrich Karl Müller im 88. Lebensjahr.

Wetterberichte.

* Heidelberg, 24. Jan. (Tel.) Die ganze Nacht Schneefall; prächtige Nebelbahn. (Mitgeteilt vom Verkehrs-Bureau Heidelberg.)

Stimmen aus dem Publikum.
Theaterklagen.
Den A-Abonnenten wird in dieser Woche schon wieder mit „Madame Butterfly“ aufgewartet. Einige A-Abonnenten richten deshalb an die verehr. Intendant die Bitte, doch in der Verteilung der Stücke auf die Abonnements in dieser Woche eine Aenderung eintreten zu lassen. Wo bleiben denn in diesem Theaterjahr „Freiheit“, „Juden“, „Rienzi“ etc?
Viele A-Abonnenten.

